



Unsere Welt

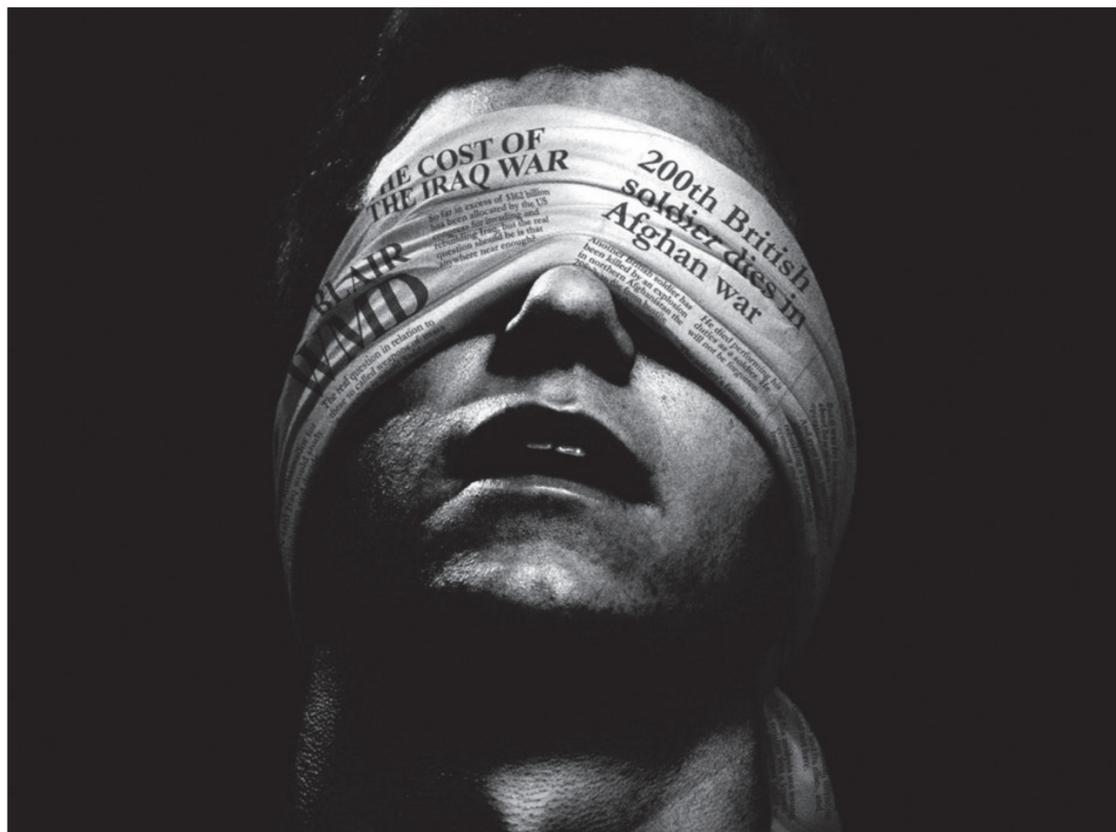


Foto: Ausschnitt aus dem Plakat zum John-Pilger-Film «The War You Don't See».

Medien und Propaganda

Misstrauen ist Pflicht

«Es ist anspruchsvoll, über (Propaganda-)Kriege zu berichten», meint der ehemalige Redaktor der SRF-Tagesschau Helmut Scheben. «Es fängt bei der Wortwahl an und hört bei der Prüfung von Quellen auf.» Die Situation in Ost-Ghuta hat sich seit dem Erscheinen seines Artikels auf infosperber.ch Mitte März zwar verändert, seine Überlegungen zur Propaganda in den Medien behalten aber ihre Gültigkeit.

Von Helmut Scheben

Im umkämpften Ost-Ghuta gehe es darum, die Zivilbevölkerung «aus den Fängen der Terroristen» zu befreien, erklärte der syrische Präsident Baschar al-Assad laut «Tages-Anzeiger» vom 6. März 2018. TA-Kairo-Korrespondent Paul-Anton Krüger beschrieb die Lage in Ost-Ghuta dann selber wie folgt:

«Ost-Ghuta wird von mehreren salafistisch geprägten Rebellen Gruppen dominiert, die grössten unter ihnen sind Jaish al-Islam, die Douma kontrolliert, und Failaq al-Rahman, die im Süden stark ist. Sie haben sich wiederum untereinander schwere Kämpfe geliefert. Gegen ihre autoritäre Herrschaft hatte es Proteste der Zivilbevölkerung gegeben – allerdings auch gegen das Assad-Regime.»

Solche differenzierten Angaben findet man nicht oft in unseren Zeitungen, und noch weniger in den Nachrichten von Radio oder Fernsehen. Bemerkenswert ist allein schon die Feststellung, dass Ost-Ghuta in der Hand von radikalen Dschihadisten ist. Denn der Ausdruck «salafistisch geprägte Rebellen Gruppen» besagt genau dies.

Das übliche Wording in den Medien beschränkt sich auf das Wort «Rebellen». Doch diese Gruppen verantwor-

ten Bombenanschläge in Damaskus und anderen Terror. Solche Aktivitäten liegen semantisch weit weg vom Begriff «Rebellen».

Denn «Rebellen» ist ein Wort mit positiver Konnotation, welches für vieles stehen kann: von romantischen Revolutionären über mutige Jungpolitiker bis hin zu Johnny Depp und seinen Piraten der Karibik. Es ist aber nicht das richtige Wort für bewaffnete Gruppen von Extremisten. Der Gebrauch des Wortes «Rebellen» ist also in Hinsicht auf die Sachlage in Syrien in vielen Fällen manipulativ oder zumindest verharmlosend.

Noch erstaunlicher ist die Bemerkung Krügers, gegen die «autoritäre Herrschaft» der Dschihadisten habe es «Proteste der Zivilbevölkerung» in Ost-Ghuta gegeben. Das war anderswo bislang selten zu lesen. Dass Ost-Ghuta – wie vorher viele andere Gebiete in Syrien – in die Hand von bewaffneten Gruppen fiel, die ein autoritäres, fundamentalistisches Regime errichteten, entspricht so gar nicht der landläufigen These, es handle sich in Syrien grundsätzlich um den legitimen Aufstand des Volkes gegen einen Tyrannen.

«Gegen das eigene Volk»

Ähnlich vereinfachend und einseitig ist die Metapher «Assad führt Krieg

gegen das eigene Volk» – seit Kriegsbeginn Standardsatz westlicher Medien. Zum syrischen Volk gehörten auch diejenigen syrischen Polizisten, Soldaten, Gemeindevorsteher und viele andere, die als «Sympathisanten des Regimes» im Frühjahr und Sommer 2011 umgebracht wurden.

Westliche Medien hatten damals fast ausschliesslich über «friedliche Demonstranten» der Opposition berichtet. Dass «Assad-Sympathisanten» mit vorgehaltener Maschinenpistole aus den Häusern geholt und erschossen wurden, ist in Bild und Ton in zahlreichen Fällen dokumentiert. Ebenso das Erstürmen und Niederbrennen von staatlichen Einrichtungen und die Ermordung des Personals.

Hunderte von bewaffneten Milizen aus dem Erdboden?

Die Darstellung, friedliche Demonstranten hätten sich 2011 innert kurzer Zeit in hunderte von bewaffneten Milizengruppen verwandelt, ist ungläubwürdig, wurde und wird aber von grossen Medien kaum hinterfragt. Sie gehört seit Kriegsbeginn in Syrien zum Repertoire westlicher Regierungssprecher und Medien.

Wer nur rudimentäre militärische Kenntnisse und wenig Erfahrung in asymmetrischen Kriegen hat, der weiss, dass es einer komplizierten, jahrelangen Planung bedarf (Stichworte: Finanzierung, Bewaffnung, Trainingslager, Nachschubwege, Rückzugsgebiete und Spitäler in der Türkei, Jordanien etc.), bis solche bewaffnete Gruppen in ihrem Operationsgebiet funktionieren.

Es steht ausser Frage, dass es 2011 eine schlimme Polizei-Repression gegen friedliche Demonstranten in Syrien gegeben hat, und dass ein Teil

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Trommeln für den Krieg	2
Palästina: Die Hölle von Gaza	3
DEZA: Post aus Brasilien	4
Geheimdienste I: Der Mord im Hotel Aarauerhof	5
Geheimdienste II: Der Fall Skripal und seine Folgen	6
Die Tradition der Ostermärsche	7
Paul Robeson: Streitbarer Sänger für den Frieden	8

Schweiz verhängt Sanktionen gegen Venezuela Vollzugsmeldung

Nach den USA, Kanada, der Europäischen Union und mehreren lateinamerikanischen Ländern hat kurz vor Ostern auch die Schweiz Sanktionen gegen Venezuela verhängt. Schweizer Unternehmen dürfen künftig keine militärische Ausrüstung mehr nach Venezuela liefern, die für «repressive Zwecke» eingesetzt werden kann, meldet das Portal amerika21.de. Zudem untersagte Bern die Nutzung der Schweiz als Transitland, um die Sanktionen der EU zu umgehen. Ausserdem wurden gegen sieben namentlich aufgeführte Funktionärinnen und Funktionäre des venezolanischen Staatsapparats Strafmassnahmen verhängt, unter anderem gegen die Präsidentin des Nationalen Wahlrats (CNE), Tibisay Lucena, Generalstaatsanwalt Tarek William Saab und Innenminister Néstor Reverol.

Am Ostermontag hat Venezuelas Aussenminister Jorge Arreaza den Geschäftsträger der Schweizer Botschaft in Caracas, Didier Chassot, einbestellt und ihm eine formelle Protestnote übergeben. Darin wird die Verhängung unilateraler Sanktionen als «Einmischung» und «Verletzung der grundlegenden Maximen der Charta der Vereinten Nationen» bezeichnet. Erst im März hatte der UN-Menschenrechtsrat auf Antrag Venezuelas die Verhängung von einseitigen Wirtschaftssanktionen verurteilt und als dem Geist der internationalen Rechtsordnung zuwiderlaufend bezeichnet.

«Diese irreführende Aktion gegen Venezuela durch ein historisch neutrales Land wie die Schweizerische Eidgenossenschaft hilft nicht bei der Schaffung von Bedingungen für einen Dialog und stärkt extremistische Positionen, die auf gewalttätige Lösungen setzen», heisst es weiter in dem diplomatischen Schreiben.

In einer Pressemitteilung des venezolanischen Aussenministeriums werden die Schweizer Strafmassnahmen ausserdem in eine Linie mit «den anmassenden Sanktionen der Mitgliedsländer der Europäischen Union» gestellt. Sie zeigten «die Unterordnung der Schweizer Regierung unter die EU und die Eliten dieses Kontinents».

Die Sanktionen der Schweiz würden keine grosse Wirkung zeigen, meinte der ehemalige Botschafter der Schweiz in Venezuela, Walter Suter, in einem Interview mit der Westschweizer Zeitung «Le Courrier». Hingegen

warn er davor, dass die Massnahmen auf die eigene Wirtschaft zurückfallen könnten. Die Drohung des venezolanischen Aussenministeriums sei kaum verhüllt, wenn dieses erkläre, dass die Beschlüsse von Bundesbern «auch schwierige Bedingungen für schweizerische Unternehmen in Venezuela» schaffen würden.

Für verheerend hält Ex-Botschafter Suter die Handelsblockade durch die USA, welche die soziale und wirtschaftliche Situation in Venezuela verschlimmere. «Insbesondere betroffen sind Nahrungsmittel und Produkte aus dem Gesundheitsbereich: Sämtliche Unternehmen, die in den USA über eine Niederlassung verfügen, riskieren Strafmassnahmen, wenn sie Aufträge aus Venezuela akzeptieren! Einerseits wird die «humanitäre Krise» beklagt, der die bedürftigsten Schichten der Bevölkerung Venezuelas zum Opfer fallen würden, andererseits wird genau diese Krise provoziert. Und das seit Jahren.»

In einer gemeinsamen Erklärung haben zahlreiche Schweizer Organisationen, darunter die Schweizerische Friedensbewegung SFB, inzwischen die Entscheidung des Bundesrates zurückgewiesen.

«Einseitige Zwangsmassnahmen gegen jedes Land und insbesondere gegen die Länder des Südens wirken sich negativ auf die gesamte Bevölkerung aus», heisst es in dem Schreiben der 14 Organisationen. «In diesem Fall auf das venezolanische Volk,

Fortsetzung Seite 2

Schweizerische Friedensbewegung SFB Jahrestagung 2018

Samstag, 5. Mai 2018, 16.00 Uhr

Restaurant Rebhaus (Saal)
Riehentorstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Wahl des Vorstandes • Ausblick und Anregungen
Anschliessend gemeinsames Abendessen.

Die Jahresversammlung ist wie immer öffentlich.
Interessierte sind herzlich eingeladen!

Falls Sie Mitglied der SFB werden wollen (und es nicht schon sind), können Sie den Talon auf Seite 3 verwenden.

Merken Sie sich den 21. September 2018 vor!

SFB-Anlass in Basel zum UNO-Weltfriedenstag mit Andreas Zumach!

Misstrauen ist Pflicht...

Fortsetzung von Seite 1

des syrischen Volkes gegen Assad war und ist. Wie gross der Anteil der Regime-Gegner war und ist, müssen seriöse Recherchen einmal klären. Ein Staat mit so vielen ethnisch-kulturellen Minderheiten hat eine lange Geschichte von Konflikten.

Langfristiger Plan zum Sturz von Assad

Es gab und gibt aber auch das in Washington konzipierte Projekt «New Middle East», also Umsturz, Destabilisierung und Regime Change in einer Reihe von arabischen Ländern. Dieser Plan wurde unter der Regierung George W. Bush nach 9/11 gefasst. Saudiarabien und Katar waren involviert. Geheimdienste und Militärs beider Staaten wollten einen Regimewechsel in Syrien und im Iran, und sie haben den Aufstand in Syrien nachweislich mit Milliarden finanziert.

Der Krieg in Syrien ist 2011 also nicht im Feuer des arabischen Frühlings «ausgebrochen», sondern er war von langer Hand geplant.

Dafür gibt es eine Reihe von glaubwürdigen Quellen. Der pensionierte 4-Stern-General und ehemalige NATO-Oberbefehlshaber in Europa, Wesley Clark, erklärte 2007 bei mehreren Auftritten, er habe kurz nach 9/11 von einem Mitarbeiter im Pentagon zu seiner Überraschung von Plänen erfahren, Regimewechsel in sieben Ländern anzustreben. Folgendes ist ein Schlüsselzitat:

«And he said: 'This is a memo that describes how we're going to take out seven countries in five years, starting with Iraq, and then Syria, Lebanon, Libya, Somalia, Sudan and, finishing off, Iran.'» («Und er sagte zu mir: «Dieses Memo beschreibt, wie wir innerhalb von fünf Jahren sieben Länder ausschalten werden, beginnend mit dem Irak, dann Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und zum Abschluss den Iran.» Übers. UW)

Die Agenda der Neokonservativen Rumsfeld, Cheney und Wolfowitz war mindestens seit 1991, die weltweite Hegemonie der USA so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Auch der Sturz Saddam Husseins war Jahre zum Voraus geplant.

Feinde werden als Monster dargestellt

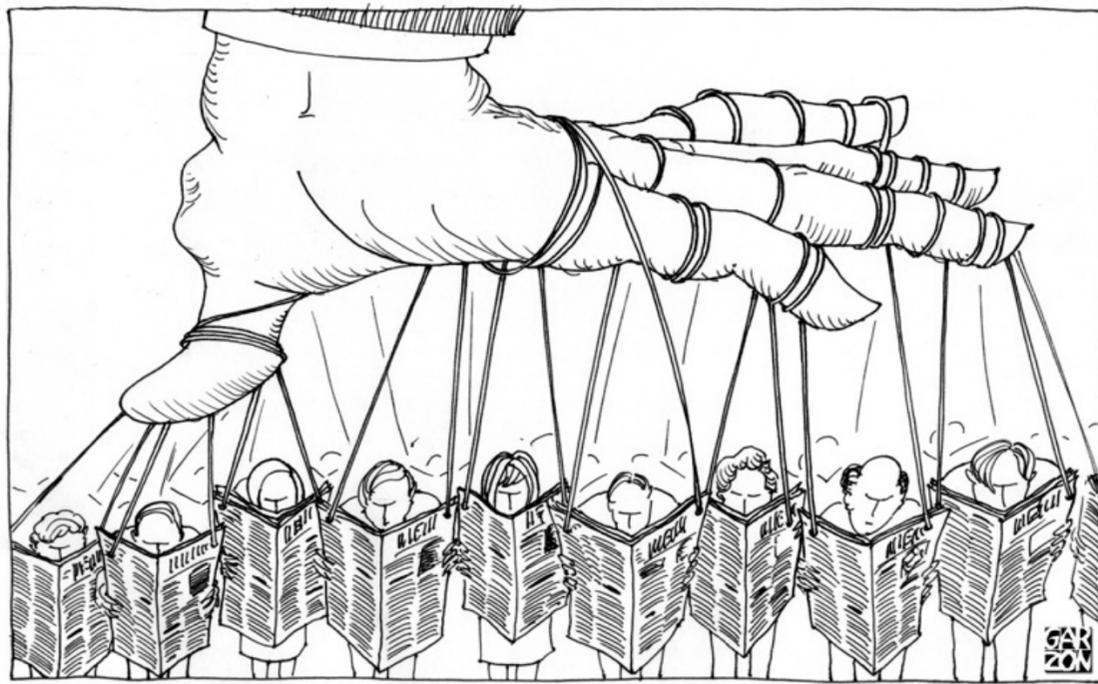
Die Frage, welche vielfältigen Faktoren zum Entstehen des Konfliktes in Syrien beigetragen haben, in welchem Ausmass es in Syrien vor dem Krieg eine grausame Repression von Minderheiten gegeben hat, und wie stark

Vollzugsmeldung...

Fortsetzung von Seite 1

das belagert wird von den Sanktionen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika, die versuchen, ihm Medikamente, Nahrungsmittel und andere grundlegende Ressourcen zu verwehren und damit die Menschenrechte verletzen. Dies trifft insbesondere verwundbare Gruppen und Sektoren. All diese Massnahmen verstossen gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen».

Um in der aktuellen wirtschaftlichen Situation Venezuelas eine konstruktive Rolle spielen zu können, müsse die Schweiz ihre «historische Tradition der Unparteilichkeit und Neutralität» beibehalten, schreiben die Schweizerischen Organisationen in ihrer Erklärung. Sie forderten die Eidgenossenschaft daher auf, «angesichts der wirtschaftlichen Situation, die das südamerikanische Land durchläuft, konstruktive Mittel einzusetzen, ohne dem Druck nachzugeben, sich den Aggressionen der Vereinigten Staaten und der Mitglieder der Europäischen Union gegen das Volk von Venezuela anzuschliessen.»



Karikatur von Garzón/cubadebate

das Ausland sich tatkräftig und finanziell einmischte, wird seriöse historische Forschung zu klären haben.

Ist das Ziel ein Regime Change, dann werden autokratische Herrscher, selbst wenn man sie Jahre vorher noch militärisch aufgerüstet hatte, mit systematischen Falschinformationen zu Monstern gemacht, damit die Weltöffentlichkeit selbst völkerrechtswidrige militärische Angriffskriege mehrheitlich akzeptiert.

Im Irak und in Libyen ist dies gelungen. Mit welchen Methoden die USA vor dem ersten Golfkrieg die Diktatur Saddam Husseins als weiterhin gefährlichstes Horror-Regime darstellten, hat John R. MacArthur in seinem Klassiker «Die Schlacht der Lügen» nachgewiesen. Im zweiten Golfkrieg waren die Falschinformationen nicht geringer.

Saddam Hussein war ein Despot, hat Schiiten und Kurden drangsaliert. Doch das ist kein völkerrechtlicher Grund, von aussen militärisch einzugreifen. Offensichtlich ging und geht es den USA in Irak, Libyen und Syrien darum, US-freundliche Regimes zu installieren und nicht um die Beseitigung von Despoten, die Menschenrechte verachten. Sonst müssten die USA mit ihren Militärjets, Panzern und Drohnen auch in Saudiarabien, Ägypten und in einigen Ländern Afrikas eingreifen. Das Gegenteil ist der Fall: Die USA unterstützen diese Diktaturen militärisch und wirtschaftlich.

Auf dem afrikanischen Kontinent war lediglich Ghaddafi interessant – wegen des Ölreichtums Libyens. Zuerst wurde ihm der Hof gemacht. Als das Ziel eines Regime Change klar war, griff man in die unterste Schublade der Propaganda-Lügen, um ihn zum Monster zu machen. So behauptete Hillary Clinton u.a., Ghaddafi habe seinen Soldaten die Massengewaltigung libyscher Frauen befohlen und als Strategie benutzt. Westliche Boulevard-Medien kolportierten, er habe dazu waggonweise Viagra importieren lassen.

Das Lügen ist zur Kriegsvorbereitung und -führung allgegenwärtig

Unterlagen vieler parlamentarischer Untersuchungen (unter anderem des US-Kongresses und des britischen Parlamentes) belegen, dass westliche Regierungen immer wieder gelogen haben, wenn es darum ging, einen (oft verdeckten) Krieg vorzubereiten und zu rechtfertigen.

Die Pentagon Papers hatten das Gleiche in Bezug auf den Krieg in Vietnam aufgedeckt.

Das bedeutet für eine professionelle Journalistin und einen professionellen Journalisten, dass sie zwar

die Augenzeugenberichte von allen «Aktivisten» und «Hilfsorganisationen» in Syrien zur Kenntnis zu nehmen haben, aber gleichzeitig der Tatsache Rechenschaft tragen sollten, dass Manipulation von Bildern im Zeitalter des Virtuellen in einem nie gekannten Ausmass zum Kriegshandwerk gehört.

Wenn es passt, wird die Empathie der Weltbevölkerung mit Bildern und Hilferufen von ausgelieferten Kriegsoffern – zu Recht – geweckt. Wenn es aber nicht passt, wird – zu Unrecht – nicht an die Empathie der Weltbevölkerung appelliert.

Auf die unterschiedliche Berichterstattung über die Zerstörung von Aleppo und diejenige von Mossul hat *Infosperber.ch* mehrmals hingewiesen.

Der erste grosse Sarin-Anschlag in Ost-Ghouta

Ein Beispiel aus Syrien: Seit dem ersten grossen Sarin-Anschlag in Ost-Ghouta im August 2013 macht die syrische Opposition Assad für Giftgasattacken verantwortlich. Und die «Beweise» kommen stets von denjenigen Hilfswerken, die mit den aufständischen Milizen zusammenarbeiten.

Für spätere Giftgaseinsätze wurden möglicherweise zu Recht regierungstreue Einheiten verantwortlich gemacht. Doch im August 2013 waren es mit höchster Wahrscheinlichkeit Dschihadisten-Milizen, die den Anschlag ausführten, um die Regierung Obama zu einer militärischen Intervention zu bringen. 50 hochrangige ehemalige Mitarbeiter der US-Geheimdienste kamen zum Schluss, dass die Regierung in Washington log, als sie behauptete über Beweise zu verfügen, welche die Regierung von Bashar al-Assad für diesen Giftgasangriff belasten (siehe Interview mit McGovern auf *Infosperber.ch*). Trotzdem hält sich die Lüge über den erwähnten Gifteinsatz hartnäckig.

Diese früheren CIA-Mitarbeitenden schlossen sich in einem Komitee der «Veteran Intelligence Professionals for Sanity» (VIPS) zusammen und nehmen zur US-Politik regelmässige Stellung. Sie fühlen sich ihrem Gewissen verantwortlich und nicht dem Machtapparat in Washington. Mit ihrer Haltung als Whistleblower handeln sie sich in Washington viel Feindschaft und keinerlei Nutzen ein.

Man könnte viele weitere Beispiele für Falschinformationen anführen. Die gravierendsten Fake News gelangen nicht von irgendwelchen Spinneern ins Netz, sondern von Regierungen, Geheimdiensten und Think Tanks, welche die Öffentlichkeit über ihre wahren Interessen und Absichten in die Irre führen wollen.

Ein souveräner Staat kann einen Verbündeten zu Hilfe holen

Was Russland betrifft: Ein souveräner Staat kann einen Verbündeten zu Hilfe rufen, wenn er von Truppen angegriffen wird, die vom Ausland finanziert, bewaffnet und politisch unterstützt werden mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen. Dass Russland als Verbündeter Syriens (mit einem Marinestützpunkt am Mittelmeer) einem solchen Hilfsersuchen nachgekommen ist, verstösst nicht gegen die UN-Charta und verstösst deshalb nicht gegen das Völkerrecht – anders als etwa der gegenwärtige türkische Angriffskrieg auf Kurdengebiete in Syrien.

Wegen einer territorialen Völkerrechtsverletzung in der Ukraine wurde Russland mit einem weitgehenden Wirtschaftsboykott sanktioniert, während beim Nato-Land Türkei die gleichen westlichen Mächte beide Augen zudrücken. Nicht einmal verbaler Protest wird laut.

Aus westlicher Perspektive wird die Hilfeleistung der Russen an Syrien so dargestellt, als habe Russland

Trommeln für den Krieg

Eskalation total

Erst die beweislosen Giftgasvorwürfe gegen Putin in Salisbury, jetzt der behauptete Giftgasangriff in Duma, der «dem Tier» Assad in die Schuhe geschoben wird. Und allerorten schallt es aus dem Westen: Wir müssen die Täter zur Rechenschaft ziehen, das Völkerrecht verteidigen! Für den früheren britischen Botschafter Craig Murray sind die beiden Ereignisse und ihre mediale Begleitmusik die Ankündigung eines brandgefährlichen «Endspiels».

Von Craig Murray

Ich habe nie ausgeschlossen, dass, neben anderen, Russland für den Angriff in Salisbury verantwortlich sein könnte (siehe dazu Artikel von Craig Murray auf Seite 6 dieser UW, die Red.). Aber ich schliesse aus, dass Assad Chemiewaffen in Duma einsetzt.

In diesem seltsamen Krieg, in dem von den Saudis finanzierte Kopfschneider-Dschihadisten israelische Luftunterstützung und militärische «Berater» aus Grossbritannien und den USA an die Seite gestellt bekommen, attackiert die Syrische Armee angeblich immer dann militärisch völlig unbegründet Kinder mit chemischen Waffen, wenn sie kurz davor ist, eine wichtige Enklave der Dschihadisten einzunehmen – und zwar im allerletzten Moment, wenn der Sieg zum Greifen nah ist. Dieses Narrativ hat man uns immer und immer wieder vorgesetzt.

Dann erleben wir eine Propaganda-Attacke durch neokonservative Politiker, Think Tanks und «Hilfsorganisationen», die einen Bomben- und Ra-

«die Chance ergriffen», diesen Krieg zu führen und «als grosser Player auf die Weltbühne zurückzukehren». Das wollen viele Experten mit der Optik der Nato und der Rüstungslobby im Westen so sehen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Moskau bei all den internen wirtschaftlichen und politischen Problemen an weiteren Kriegen interessiert war und ist.

Misstrauen ist professionelle Pflicht

Zusammenfassend: Wer als Journalist so oft hat feststellen müssen, dass er belogen wurde, hat die professionelle Pflicht, misstrauisch und kritisch zu sein. Doch wer das westliche Kriegsnarrativ hinterfragt und die Propaganda aller Seiten zu durchschauen sucht, wird schnell als «Putin-Troll» oder «Assad-Freund» pauschal disqualifiziert und verunglimpft – exakt im Sinne der medialen Kriegsführung der USA.

Der nächste Test für die Medien steht im Iran bevor: Mit einem anhaltenden Wirtschaftsboykott und der Drohung, das Atomabkommen zu kündigen, behindern die USA einen Erfolg der mässigen Kräfte im Iran. Stattdessen hetzen sie zusammen mit Saudiarabien und Israel gegen die «Macht des Bösen», die es zu zählen gelte. Revolutionsführer Khamenei und Präsident Rohani werden zu Monstern gemacht. Bereits halten in den USA 41 Prozent der Bevölkerung den Iran für den noch grösseren Feind als Nordkorea und für den noch viel grösseren Feind als Russland.

Journalistinnen und Journalisten, die dem immer stärker werdenden, einseitigen Iran-Bashing widerstehen, dürfen sich nicht davon einschüchtern lassen, falls man sie als angebliche «Rohani-Trolle» oder «Rohani-Freunde» diffamieren und zum Schweigen bringen will.

Dr. phil. Helmut Scheben war in den achtziger Jahren Redaktor der Wochenzeitung (WoZ) in Zürich und von 1993 bis 2012 Redaktor und Reporter im Schweizer Fernsehen SRF, davon 16 Jahre in der Tagesschau. Quelle: *infosperber.ch*, im Original mit diversen Querverweisen zu Internetquellen. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

ketenhagel aus dem Westen fordern. Und wenn wir uns dem verweigern, wirft man uns Gefühllosigkeit gegenüber leidenden Kindern vor. Und das, wo wir doch wissen, dass Militärinterventionen des Westens in Afghanistan, dem Irak und Libyen bis zum heutigen Tage vollkommen desaströse Folgen haben.

Ich fürchte, dass der massive Aufbau von Russophobie in den letzten zwei Jahren dem Zweck dient, die öffentliche Meinung auf einen grösseren militärischen Konflikt im Mittleren Osten vorzubereiten, der sich wahrscheinlich ausbreiten wird – und dass wir uns diesem Endspiel nähern.

Die Kluft zwischen der Polit- und Medienklasse einerseits und dem «gemeinen Volk» andererseits führt dazu, dass die Menschen guten Willens – wie schon im Irak – kaum eine Möglichkeit haben, diesen Konflikt zu verhindern, weil die Politiker vor dem Hurratriotismus der Medien erzittern. Diese Zeiten fühlen sich extrem gefährlich an.

Quelle und Übersetzung: *rubikon.news*

Nichts mehr zu verlieren

Die Hölle von Gaza

«Ich bin verzweifelt und wütend», schreibt der 42jährige Professor Abed Schokry von der Universität in Gaza nach den Freitags-Massakern unter Demonstranten am Grenzzaun zu Israel in einem Brief an Freunde in Deutschland. Verzweifelt und wütend wegen der unmenschlichen Lebensbedingungen, wegen der völkerrechtlichen Abriegelung, die den Gazastreifen zu einem Gefängnis für zwei Millionen Menschen macht. Verzweifelt und wütend über die Sanktionsfreiheit, mit der Israel rechnen kann, wenn es Demonstranten gezielt eliminiert.

Von Abed Schokry

Ich bin wirklich erstaunt, dass die Menschen glauben, dass wir die Existenz Israels bedrohen könnten. Opfer und Täter werden absichtlich verwechselt. Heute sind WIR die Opfer. Ich glaube, das will man in der Welt nicht sehen, weil die historische Schuld, die die Welt und ganz besonders Deutschland zu tragen hat, es nicht erlaubt zu sehen, dass heute uns Palästinensern grosses Unrecht zugefügt wird. UNS wurde das Land geraubt, WIR wurden vertrieben, WIR leben eingezäunt wie «wilde Tiere» unter menschenunwürdigen Bedingungen.

Ich bin realistisch: Was uns genommen wurde, werden wir wahrscheinlich nicht zurückbekommen. Aber warum betrachtet die Welt unseren Wunsch, nach 70 Jahren in unser Land zurückzukehren, als unerhört und unverschämt, den Anspruch der Israelis, nach 2000 Jahren dahin zurückzukehren, wo sie einst gelebt haben, aber als völlig legitim? Wie kann es sein, dass übersehen wird, dass sich innerhalb von 2000 Jahren die territorialen Verhältnisse geändert haben? Wie kann es sein, dass die Vertreibung und Flucht der Palästinenser aus ihren Häusern, von ihren Grundstücken, aus ihrer Heimat, in der sie Jahrhunderte gelebt haben, nicht einmal thematisiert wird? Und wie kann es sein, dass die Welt der Landenteignung durch die Siedler meist stumm zuschaut oder sie sogar akzeptiert? Mit welchem Recht geschieht mir und uns das alles?

Wenn wir heute auch nur ein menschenwürdiges Leben fordern, wird auf uns in Gaza geschossen, werden wir in der Welt als Terroristen bezeichnet, können die israelischen Soldaten auf uns schießen, ohne dass es einen Aufschrei in der Welt gibt. Das Vorgehen der israelischen Soldaten wird gebilligt, einmal abgesehen von kaum hörbaren Ermahnungen, die die Israelische Regierung sowieso nicht interessieren, ganz egal, ob laut oder leise vorgetragen.

Um diesen völkerrechtswidrigen und unmenschlichen Zustand zu erhalten, schießen die Scharfschützen nach Angaben der israelischen Armee gezielt auf Palästinenser, die angeblich versuchen, den Grenzzaun zu beschädigen. Man muss es sich einmal vorstellen, die Beschädigung eines Zaunes berechtigt zum Schusswaffengebrauch. Eine nationale Grenze besteht nicht zwischen dem Gazastreifen und Israel, denn Grenzen in diesem Sinn bestehen nur zwischen souveränen Staaten. Israel hat eine lückenlose Sperranlage mit einem Zaun, Pforten, Sensoren und Pufferzonen um den Gazastreifen gelegt.

Eine von Israel angelegte sogenannte Sicherheitszone ist 300 Meter breit. Hier herrscht Schiessbefehl wie früher an der Berliner Mauer. Dieser Bereich ist nicht deutlich markiert. Auf bzw. hinter einem aufgeschütteten Sandwall liegend haben die Soldaten an den vergangenen Freitagen in die Menge der Protestierenden geschossen, die sich mindesten 300 Meter entfernt vom Zaun auf dem Gebiet des Gazastreifens befanden. Offenbar konnten sie aus dieser Entfernung genau erkennen, wer ein Terrorist war, der möglicherweise einen Stein 300 Meter weit werfen und sie in Gefahr bringen könnte. (Entschuldigen Sie meine Ironie!)

Am Karfreitag, den 30. März und am Freitag, den 6. April wurden zusammen mindestens 31 Palästinenser getötet und mehr als 2800 verletzt, sehr viele von ihnen erlitten Schussverletzungen. Allein am vergangenen Freitag, den 6.4. wurden 491 Menschen durch gezielte Schüsse verletzt, darunter auch Frauen und Kinder. Einige schweben in Lebensgefahr, viele der Überlebenden mussten an ihren Extremitäten amputiert werden. Kaum können die Verletzten angemessen versorgt werden, weil es an medizinischem Material fehlt. Verletzungen erlitten sehr viele Menschen durch Tränengasbomben, die von Drohnen abgeworfen wurden.

Was war das «Verbrechen», auf das Israel mit ihrer militärischen Übermacht reagierte? Ist es ein «Verbrechen», wenn 30 000 und mehr Menschen gegen die unerträglichen Lebensverhältnisse protestieren?



Grafik: Derek Graham

Sollen wir schweigen, wenn wir seit mehr als 10 Jahren in einem Gefängnis leben müssen?

Wenn wir nur vier Stunden Strom am Tag haben? Wenn es kein sauberes Wasser gibt?

Wenn die medizinische Versorgung fast zusammen bricht, weil weder Medikamente, noch medizinische Geräte ausreichend vorhanden sind, weil sie nicht nach Gaza reingelassen werden?

Wenn über 60% der Jugendlichen arbeitslos sind?

Wenn weit über die Hälfte der Bevölkerung auf internationale Lebensmittelhilfe angewiesen ist?

Wenn diejenigen, die noch Arbeit haben, nur 40-50% ihres eigentlichen Gehaltes bekommen?

Und vor allem, wenn wir aus diesem kleinen Gebiet, das etwa so gross ist wie Bremen, nicht raus dürfen?

Machen WIR etwa den Israelis das Leben zur Hölle? Oder ist es nicht doch anders herum?

Auch wenn ich mich nicht an den Protesten beteilige, weil ich Angst vor den Schüssen der Israelis habe, (sollten sie in die Menge schießen), so kann ich die hilflose Wut der jungen Leute verstehen (...). Sie wollen leben wie alle jungen und alten Menschen überall auf der Welt, nämlich in Frieden und in menschenwürdigen Verhältnissen. Und sie sehen, dass nur wenige Kilometer entfernt im Nachbarland, häufig auf dem Boden ihrer Grosseltern, Menschen leben, die all das haben, was ihnen selbst verwehrt wird. Genau das lässt sie verzweifeln und macht sie wütend. Sie wissen, dass sie verlieren werden, dass sie wahrscheinlich schon verloren

haben und sie deshalb nichts mehr zu verlieren haben. Sie wissen, dass ihnen keine Achtung und kein Respekt entgegen gebracht wird, weil sie Palästinenser sind. Dass sie von der Welt ungerechterweise als die Bösen angesehen werden und die Nachbarn, nicht weit entfernt, immer als die Guten, gleichgültig wie brutal die sie sich verhalten.

Niemand mag gern vom Leid, vom Elend der Anderen hören, besonders dann nicht, wenn man nicht weiss, wie man etwas ändern kann. Aber vielleicht können Sie doch etwas tun. Vergessen Sie uns nicht! Lesen, hören und sehen Sie die Berichte über uns, über die Palästinenser und vielleicht sogar über die «radikal islamische» Hamas kritisch. Lassen Sie vielleicht auch die Frage zu, welches Motiv dahinter stecken mag, dass sehr viele, wenn nicht die meisten Menschen geneigt sind, Israel immer in Schutz zu nehmen, hingegen die Palästinenser für die Bösen zu halten, die angeblich selbst Schuld sind, dass sie in Gaza wie Gefangene unter unwürdigen Bedingungen leben müssen.

Zum Schluss möchte ich noch wiedergeben, was Gideon Levy in Haaretz geschrieben hat:

«Es ist nicht schwer sich vorzustellen, was passiert wäre, wenn ein Siedler niedergestochen worden wäre – Rundfunk vor Ort, Studios würden geöffnet. Aber in Gaza haben die is-

raelischen Verteidigungskräfte erbarmungslos weiter massakriert, in einem grauenvollen Rhythmus, während Israel Pessach feiert».

Es gibt Israelis, bei denen ich mich für ihren Mut und ihre Humanität bedanken möchte. Neben einigen anderen möchte ich ganz besonders Amira Hass und Gideon Levy hervorheben. Beide schreiben als Journalisten für die Zeitung Haaretz. Im Zusammenhang mit den Protesten in Gaza möchte ich mich bei der Organisation B'tselem bedanken, in der sich ehemalige Soldaten zusammengefunden haben, die ihr eigenes Vorgehen während ihrer Militärzeit selbstkritisch dokumentieren. Jetzt haben sie eine Kampagne mit Anzeigen in israelischen Zeitungen gestartet, die lautet: «Sorry Commander, I cannot shoot.» Sie fordern die Soldaten am Sperrzaun zu Gaza auf, nicht auf unbewaffnete Protestierende zu schießen, weil dies illegal ist.

Wenn ich sehr verzweifelt bin, machen mir diese Menschen Mut und Hoffnung, dass ich und vor allem meine Kinder es eines Tages erleben werden, dass Israelis und Palästinenser im jeweils eigenen Staat oder vielleicht auch in einem Staat friedlich nebeneinander leben können.

Abed Schokry wohnte 17 Jahre lang in Deutschland und promovierte an der TU Berlin in Ingenieurwissenschaften. Vor sieben Jahren zog er mit seiner Frau in den Gazastreifen zurück, wo der vierfache Familienvater an der Uni von Gaza als Dozent für Wirtschaftsingenieurwesen tätig ist.

Quelle: u.a. palaestina-nachrichten.de; von der UW-Redaktion gekürzt.

Vor 50 Jahren: Das Massaker von My Lai

Ungesühntes Morden

Über das Massaker der US-Armee im südvietnamesischen My Lai ist schon viel geschrieben worden. Aber man kann gar nicht oft genug daran erinnern, welche sadistische Verbrechen damals – sanktionslos notabene – begangen wurden.

Von Gerhard Feldbauer

Es war am 16. März 1968 gegen 7.30 als Leutnant William Calley mit seiner Kompanie in das Dorf My Lai im Norden Südvietnams einfiel. In ihrem Buch «Abels Gesichter. Vietnam. Bilder eines Krieges» (Frankfurt/Main 1999) schilderten Gian Luigi Nespoli und Giuseppe Zambon, was sich dann zutrug. Calley befahl, «den Feind aufzustöbern und unverzüglich zu erledigen, aber auch die Hütten des Dorfes zu verbrennen, alles, was sich bewegte, zu töten und jede Form von Leben, auch die Lebensmittel, zu vernichten.» Der Überfall auf My Lai war an diesem Tag «die wichtigste der vorgesehenen Operationen» der betreffenden Brigade. Deshalb begleiteten zwei Kriegsberichterstatter Calleys Einheit: Der Journalist Five Jay Roberts und der Fotoreporter Ronald L. Haeberle. Der Fotoreporter berichtete später: «Einige Soldaten hatten ein etwa 15jähriges Mädchen gepackt und versuchten, ihm die Kleider vom Leibe zu reißen. Eine ältere Frau, vielleicht die Mutter, begann, die Amerikaner anzuflehen, wurde aber mit dem Gewehrkolben erledigt.» Nespoli/Zambon zitieren Haeberle, der eine ganze Reihe weiterer kaltblütiger Morde schilderte.

Andere Soldaten sagten aus: «Leutnant Calley entdeckte etwa 150 Personen, die sich in einem Graben versteckt hatten, in der Mehrzahl Frauen und Kinder. Als einige von ihnen furchtsam aus ihrem Versteck hervorkamen, mächte er sie erbarmungslos nieder und forderte seine Soldaten auf, seinem Beispiel zu folgen. Es wurde geschossen, bis kein Lebenszeichen mehr kam. Aber nachdem das Feuer eingestellt worden war, erhob sich aus diesem Blutbad, fast wie ein Wunder, ein etwa zweijähriges Kind, das verzweifelt weinend versuchte, in Richtung Dorf zu laufen. Leutnant Calley packte es, warf es wieder in den Graben und erledigte es mit seiner Waffe.» Zeugenaussagen sprachen von Menschen, die von Bajonetten und Messern verstümmelt in Blutlachen lagen. «GIs hatten Ohren oder Köpfe abgetrennt, Kehlen aufgeschlitzt und Zungen herausgeschnitten, Skalps genommen.» Andersorts lagen «tote Frauen mit aufgeschlitzter Vagina, in einem Fall hatten die Täter einen Gewehrlauf eingeführt und abgedrückt.»

In My Lai wurde – wie Aussagen bestätigten – kein einziger Soldat der Nationalen Befreiungsfront FNL angetroffen. Offiziellen Angaben zufolge

wurden 128 «Feinde» getötet, nach Untersuchungen der FNL waren es 502 Einwohner – allesamt Zivilisten, vor allem Alte, Frauen und Kinder.

Die Zeugenaussagen riefen in den USA eine Welle der Proteste hervor. Seymour Hersh nannte My Lai «ein Verbrechen im Stile der Nazis». Jonathan Schell schrieb im New Yorker vom 20. Dezember 1969: «Wenn wir uns daran gewöhnen, dergleichen hinzunehmen, gibt es nichts mehr, was wir nicht hinnehmen». Ein Gericht musste sich schliesslich mit dem Verbrechen befassen. Als einziger wurde Leutnant Calley angeklagt und verurteilt. Seine zunächst lebenslange Haftstrafe wurde auf 20, dann auf zehn Jahre herabgesetzt. Schliesslich wurde er auf Weisung von Präsident Nixon im November 1974 freigelassen. Er hat keinen einzigen Tag im Gefängnis gesessen, sondern nur unter Hausarrest gestanden. In einem Interview, das der US-amerikanische Journalist John Sack 1971 aufzeichnete, erklärte Calley: «Ich verkörpere nur die Vereinigten Staaten von Amerika, mein Vaterland», und bekannte: «Ich war gern in Vietnam».



Verurteilt und keinen Tag im Gefängnis: Massenmörder Calley

My Lai war kein Einzelfall, wie Präsident Nixon während des Prozesses der Weltöffentlichkeit einzureden versuchte. Es war gängige Praxis, um die Bevölkerung Südvietnams davon abzubringen, den Befreiungskampf zu unterstützen. Lieutenant Colonel David H. Hackworth, Batallionskommandeur der 9. Infanterie Division, räumte ein, im kriegerischen Alltag in Vietnam habe es «Tausende derartiger Gräueltaten» gegeben.

Dr. phil. habil. Gerhard Feldbauer (*1933) war während vieler Jahre Korrespondent der Allgemeinen Deutschen Nachrichtenagentur (ADN) in Italien und Vietnam. Das hier abgedruckte, von uns gekürzte Kapitel über My Lai stammt aus seiner kürzlich im Verlag Offen-siv (www.offen-siv.net) erschienenen Schrift «Damals in Vietnam – Erinnerungen an den heldenhaften Kampf eines Volkes», die er zusammen mit seiner Frau Irene verfasst hat.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse: _____ Mail (fak.): _____
 PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluwin.ch

Wasser muss öffentliches Gut bleiben

Post für die DEZA

Von Franklin Frederick

Vom 18. – 23. März fand in der brasilianischen Hauptstadt das Weltwasserforum statt, das alle drei Jahre abgehalten wird. Der «Weltwasserrat», der das Forum organisiert, wurde von keiner Bevölkerung gewählt, behauptet jedoch von sich, er «vertrete» die Interessen der Völker. In Wahrheit handelt es sich um ein Forum des privaten Wassersektors, der grossen Privatunternehmen wie Veolia und Bechtel und der Getränke-multis wie Nestlé und Coca Cola. An dieser 8. Ausgabe des Forums spielten die Abfüllfirmen erstmals eine wichtige Rolle als Sponsoren.

Parallel zum Weltwasserforum organisierten – ebenfalls in Brasilia – soziale Bewegungen, Gewerkschaften und NGOs aus Brasilien und aus vielen andern Ländern eine alternatives Wasserforum (FAMA). Dabei handelte es sich um eine Reaktion der Zivilgesellschaft auf die neoliberale Ideologie, welche durch das Forum der Multis verkörpert wird.

Zum Abschluss des FAMA wurden als Resultat der Beratungen einige Dokumente publiziert, darunter ein Offener Brief an die eidgenössische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA. Dieser Brief wurde von praktisch allen auf dem Forum vertretenen sozialen, gewerkschaftlichen und Umweltbewegungen Brasiliens mitunterzeichnet und von Institutionen wie der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI in der englischen Abkürzung) unterstützt.

Beschlossen wurde dieser Brief wegen der Unterstützung, welche die DEZA der sogenannten Public-Private Partnership (PPP – öffentlich-private Partnerschaften) im Wassersektor angedeihen lässt, insbesondere der Water Resources Group (WRG) und der Privatisierungspolitik, wie sie Nestlé vertritt. Die WRG ist eine Initiative von Nestlé, Coca-Cola, Pepsi und der Weltbank, um Wasser durch PPP zu privatisieren. Als grosse Lobby der Flaschenwasserindustrie ist sie das Pendant zum «Weltwasserrat» und wie jener propagiert sie die Ideologie des Marktes als Lösung für die verschiedenen weltweiten Probleme im Zusammenhang mit dem Wasser.

Um die Öffentlichkeit auf die Gefahr der Wasserprivatisierung durch Abfüllbetriebe aufmerksam zu machen, haben 600 Frauen der Landlosenbewegung Brasiliens (MST) während des Weltforums in der kleinen Stadt São Lourenço eine Wasserabfüllanlage von Nestlé besetzt. Der Brief an die DEZA ist Teil derselben Bemühungen der MST und anderer sozialer Bewegungen und Gewerkschaften, die Gesellschaft gegen die Privatisierung des Wassers zu mobilisieren.

Die Schweiz verfügt über eines der weltweit besten öffentlichen Systeme der Wasserverteilung und Abwasserentsorgung. Dass die Schweizer Regierung via DEZA die Privatisierung von Wasser unterstützt, ist deshalb ein Widerspruch, der auch durch die Tatsache augenscheinlich wurde, dass im offiziellen Pavillon der Schweiz zwar Nestlé, die WRG und einige Hilfswerke wie HEKS und CARITAS Schweiz vertreten waren, aber kein einziges öffentliches Wasserunternehmen des Landes. Nestlé vermag auf diesem Gebiet die Schweiz also offenbar besser zu vertreten als ihre eigenen berühmten und effizienten öffentlichen Wasserwerke.

Schliesslich müssen wir sehen, dass die öffentlich-privaten Partnerschaften das perfekte Instrument der neoliberalen kapitalistischen Wirtschaft sind, um Ressourcen und öffentliche Güter in private Hände zu überführen

und so den öffentlichen Reichtum in privaten Wohlstand zu verwandeln.

Der Brief der Teilnehmer am Alternativen Weltwasserforum an die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit ist eine klare Verurteilung dieses Instruments und der antidemokratischen Politik, die es unterstützt.

Brief an die DEZA

Im Brief an DEZA-Direktor Manuel Sager heisst es u.a.:

«Die Schweiz hat eines der weltweit besten öffentlichen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungssysteme, worauf die Schweizer Bevölkerung stolz sein kann. Es ist für uns alle, als Internationale Bewegung für Recht auf Wasser und öffentliches Gut, ein Modell. Die Unterstützung des DEZA für öffentlich-private Partnerschaften, im speziellen jene für die Water Resources Group, widerspricht dem eigenen Schweizer System und stellt sich gegen den ausdrücklichen Wunsch von Gemeinschaften, Völkern, Organisationen und Bewegungen weltweit, das Wasser als öffentliches Gemeingut unter sozialer und demokratischer Kontrolle zu behalten. In einigen wichtigen Städten wie Atlanta, Indianapolis (USA), Accra (Ghana), Berlin (Deutschland), Buenos Aires (Argentinien), Budapest (Ungarn), Kuala Lumpur (Malaysia), La Paz (Bolivien) sowie Paris (Frankreich) übernahm die öffentliche Hand wieder die Kontrolle.

Die Erfahrung dieser Städte hat aufgezeigt, dass öffentlich-private Partnerschaften den Profit vor das öffentliche Interesse stellen, indem sie missbräuchliche Gebühren erheben, Transparenz und angemessene sektoruelle Investitionen vermissen lassen, bis zum Abstellen des Wassers bei Zahlungsverzug sowie eine allgemeine Qualitätseinbusse der Dienstleistung. Aufgrund der globalen Tendenz gegen die öffentlich-privaten Partnerschaften haben Firmen wie Veolia oder die Suez Strategien entwickelt, mit allen erdenklichen Mitteln, Einfluss auf öffentliche Meinungsträger aus zu üben.

Die Schweiz hat eine lange Erfahrung in öffentlichen Dienstleistungen und wir bitten Sie, dass die Schweiz durch die DEZA öffentlich-öffentliche Partnerschaften unterstützt, statt auf das überholte Modell der öffentlich-privaten Partnerschaften zu setzen. Mit der Unterstützung von öffentlich-öffentliche Partnerschaften kann die Schweiz mit ihrer Kernkompetenz, nämlich dem Wissen ihrer öffentlich-rechtlich geführten Wasserversorgungssysteme, einen grossen Beitrag leisten. Die DEZA würde damit Seite an Seite mit verschiedenen Gemeinschaften weltweit für das Wasser als öffentliches Gut unter demokratischer Kontrolle einstehen.

Beispiele solcher Kooperationen existieren in Frankreich mit dem Gesetz Oudin-Santini oder in den Niederlanden, wo öffentliche Wasserversorger 1% ihrer Gewinne für internationale Kooperationen nutzen können. UNO HABITAT unterhält eine Abteilung, die GWOPA (Global Water Operators Partnership Alliance), deren Aufgabe es ist, Kooperationen zwischen öffentlich-rechtlichen Unternehmen zu fördern. Die Schaffung der GWOPA geschah auf Empfehlung der UNSGAB (UN Secretary General's Advisory Board on Water and Sanitation). Wir erinnern auch daran, dass die Organisation Aqua Publica Europea ebenfalls mit dem Ziel gegründet wurde, öffentlich-öffentliche Partnerschaften zwischen grossen öffentlichen Wasserversorgern in Europa und andern Ländern zu initiieren.»



Die Strasse steht hinter Lula: Kundgebung im Juli 2017 (Foto: answercoalition).

Offener Brief an den Bundesrat

Haftentlassung für Lula!

ALBA SUIZA verurteilt die Inhaftierung von Lula da Silva und äussert ihre Besorgnis über die Entwicklung der Demokratie Brasiliens. In einem Offenen Brief an den Bundesrat fordert die Solidaritätsorganisation, die Schweizerische Regierung solle sich für die Freilassung des Präsidentschaftskandidaten der Arbeiterpartei einsetzen. Wir dokumentieren den Brief vom 11. April im Wortlaut.

Angesichts der Inhaftierung des früheren Präsidenten Lula da Silva gibt ALBA SUIZA ihrer Verurteilung dieser illegalen Massnahme und ihrer Besorgnis wegen der künftigen Entwicklung der Demokratie in Brasilien Ausdruck.

Wir weisen diese erneute Verletzung der brasilianischen Verfassung durch die Justizbehörden zurück. (Absatz 57, Art. 5, der Verfassung hält als Grundsatz fest, dass immer von der Unschuldvermutung auszugehen ist.) Wir sind überzeugt, dass der Ausweg aus der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise in der Durchführung von freien und demokratischen Wahlen besteht, an denen

sich alle politischen Kräfte im Land beteiligen können; ohne autoritäres Veto und politische Verfolgungsjustiz gegen Lula.

Wir erinnern daran, dass der Schweizerische Bundesrat seinerzeit bei der gesetzeswidrigen Absetzung der verfassungsmässigen Präsidentin Dilma Rousseff geschwiegen, hingegen vor wenigen Tagen, unter Missachtung der traditionellen Nichteinmischungs-Politik, ungerechtfertigte Sanktionen gegen die Regierung Venezuelas erlassen hat.

Deshalb fordern wir die Schweizerische Regierung auf, sowohl aus Gründen der Kohärenz und intellektuellen Redlichkeit als auch der Gerech-

tigkeit, sich für die sofortige Freilassung Lulas einzusetzen.

Die Anklage gegen Lula entbehrt der notwendigen Indizien- und Beweislage, wie dies verschiedene Analytiker und Juristen Brasiliens bestätigt haben. Trotzdem haben die brasilianischen Gerichte die Inhaftierung Lulas verfügt, um seine allfällige Wahl zum Staatspräsidenten zu verhindern.

Wir verlangen von der Schweizerischen Regierung, dass sie die illegale Regierung Temer offiziell und öffentlich verurteilt, und zwar «wegen der offensichtlichen und bewiesenen Verletzung der Menschenrechte sowie des Abbaus des Rechtsstaats und der demokratischen Institutionen».

Wir von ALBA SUIZA schliessen uns der internationalen Solidarität und Unterstützung von Lula da Silva an und fordern seine unverzügliche Freilassung.

Der Befehlsverweigerer

Lulas «Verbrechen»

Seit dem 10. April 2018 befindet sich der ehemalige brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva in Haft. Angeklagt ist er der Korruption. Die kubanische Journalistin Gabriela Ávila Gómez erklärt in «Granma Internacional», welche «Verbrechen» Lula tatsächlich begangen hat.

Von Gabriela Ávila Gómez

Das «Verbrechen» Lulas besteht darin, der Linken anzugehören, inmitten eines Kontextes, in dem die Kräfte der internationalen Rechten ihre destabilisierende Hegemonie in der Region durchsetzen.

Sein «Verbrechen» bestand darin, vor 38 Jahren die Arbeiterpartei (PT) zu gründen, eine Plattform, die den Gewerkschaftsbewegungen eine Stimme gegeben und für ihre Rechte gekämpft hat.

Lulas «Verbrechen» war es, im Jahr 2002 als Kandidat der PT die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen und zum meistgewählten Präsidenten in der Geschichte Brasiliens zu werden. Es bestand darin, seine zweite Amtszeit mit 80% Zustimmung, 7,5% Wirtschaftswachstum und einem Mindestlohn zu beenden, der um 54% höher als in seiner ersten Regierungszeit lag.

Das «Verbrechen» des Metallarbeiters bestand darin, mehr als 30 Millionen Brasilianer aus der Armut zu befreien, die Arbeitslosenquote zu senken und sein Land auf die Landkarte aufstrebender Mächte zu bringen.

Das «Verbrechen» von Lula bestand darin, das grösste Land Lateinamerikas zu inspirieren und ein Bild von «Ordnung und Fortschritt» zu projizieren, so wie es auf dessen Flagge zu lesen ist.

Lulas «Verbrechen» bestand darin, die Volkswirtschaft zu stabilisieren und dem Internationalen Währungsfonds die gesamten Schulden seines Landes zu begleichen.

Lulas «Verbrechen» bestand darin, seine Amtsnachfolgerin (Dilma Rousseff) zu unterstützen, die mit den fortschrittlichen Plänen für Brasilien fortfuhr und deshalb ebenfalls Opfer

einer Verfolgung wurde, die ihrem Mandat ein Ende setzte.

Das «Verbrechen» von Lula ist sein Wunsch, an den Präsidentschaftswahlen im Oktober teilzunehmen. Und sein grösster «Fehler» ist es, die Umfragen als Kandidat für die Wahlen anzuführen, in einem Land, in dem die Unzufriedenheit mit den neoliberalen Massnahmen des de-facto-Präsidenten Michel Temer immer mehr zunimmt.

Das «Verbrechen» von Lula besteht darin, zur grossen Hoffnung für das Wiederaufleben Brasiliens und die Wiederbelebung der progressiven Bewegungen in der Region zu werden.

Das «Verbrechen», für das Lula verurteilt wird, ist das «Verbrechen» der Linken, jenes, für das auch Dilma, Nicolás Maduro, Evo Morales, Cristina Fernández und jeder andere Führer, der sich nicht dafür hergibt, seinen Kopf zu senken und Befehle aus dem Norden zu befolgen, verurteilt werden soll.



Weiteres «Verbrechen» Lulas: Seine Freundschaft mit den kubanischen Revolutionären Fidel und Raúl Castro, hier auf einer Foto von 2010 (R. Stuckert/Presidencia Brazil).

Aarau ist nicht Salisbury

Der Mord im Hotel Aarauerhof

«Wir haben Gründe zu der Annahme, dass der schweizerische Abwehrdienst in vielen Fällen hinter dem Rücken des schweizerischen Parlaments und umso mehr hinter dem des schweizerischen Volkes agiert», schrieb die Moskauer «Iswestija» am 8. August 1979 – 11 Jahre, bevor der Skandal um den Spezialdienst in der Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr (UNA) und dessen Nachfolger P-27 aufflog. Grund zu dieser bösen Bemerkung war der seltsame Tod eines Sowjetbürgers in einem Aarauer Hotel wenige Monate zuvor. Wir dokumentieren den Artikel der «Iswestija» in einer Übersetzung der damaligen Presseagentur Nowosti aus aktuellem Anlass. Es gilt die Unschuldsumsetzung...

Von Gr. Matwejew

Am 7. April dieses Jahres (1979, die Red.) wurde in einem Zimmer des Hotels Aarauerhof in der schweizerischen Stadt Aarau von den dortigen Behörden die Leiche eines Mannes entdeckt, der mit durchschnittlichen Venen in der Badewanne lag. In seinen Sachen im Hotelzimmer wurde ein auf den Namen des Angestellten des Sekretariats der internationalen Kakao-Organisation Leonid Pantschenko ausgestellter Personalausweis gefunden.

Zwei Wochen später brachte das «Aargauer Tagblatt» die erste Meldung über den «geheimnisvollen Selbstmord des 32-jährigen russischen Diplomaten». Wie die Zeitung schrieb, «haben die Motive des Selbstmordes die Russen in Verwirrung gebracht und werden wohl für immer ein Geheimnis bleiben».

Diese Meldung wurde in vielen führenden westlichen Zeitungen abgedruckt.

Es ist nicht bekannt, ob der Polizeireporter von selbst auf den auffallenden Satz «werden für immer ein Geheimnis bleiben» gekommen oder ob er ihm diktiert worden ist. Aber gewollt oder nicht entdeckt man darin die verborgene Hoffnung, die Umstände des Todes des russischen Diplomaten mögen nie geklärt werden.

Der Selbstmord – wir wollen vorläufig noch dieses Wort gebrauchen – war wirklich rätselhaft. Und er brachte wirklich viele Sowjetmenschen, die Leonid Pantschenko gekannt hatten, in Verwirrung, mehr noch, er versetzte ihnen einen Schock. Hier hat der Reporter Recht und er vergeht sich nicht gegen die Wahrheit. Was jedoch «für immer ein Geheimnis bleiben» betrifft, so besteht das Ziel unseres Artikels gerade darin, folgendes nachzuweisen: der Schleier des Geheimnisses über der Tragödie, die sich in Aarau abgespielt hat, ist zwar sehr sorgfältig gewebt und gekonnt ausgedehnt worden, er lässt sich jedoch nicht nur anheben, sondern auch lüften.

Der Verfasser des vorliegenden Artikels ist kein Kriminalist. Er hofft jedoch, seine mangelnden Kenntnisse auf diesem Gebiet durch unstrittige Tatsachen, einfache menschliche Logik und einige zusätzliche Angaben aufzuwiegen, die den schweizerischen Journalisten und wahrscheinlich auch den schweizerischen Behörden kaum bekannt sein dürften.

Aber alles der Reihe nach.

8. April dieses Jahres klingelte in der Handelsvertretung der UdSSR in London das Telefon. Ein Vertreter der englischen Polizei teilte mit, dass in der schweizerischen Stadt Aarau im Hotel Aarauerhof am 7. April die Leiche des Sowjetbürger Leonid Pantschenko entdeckt worden sei, der Selbstmord begangen hätte.

Die Sowjetbotschaft in London setzte sich sofort telefonisch mit unserer Botschaft in Bern in Verbindung.

Unsere Diplomaten ersuchten die Polizeibehörden, einem sowjetischen Arzt zu gestatten, bei der Obduktion zugegen zu sein. Die Bitte war natürlich und rechtmässig und die Behörden versprochen, sie zu erfüllen. Es blieb jedoch beim Versprechen. Zwei Diplomaten und ein Arzt fuhr sofort nach Aarau, die Obduktion war

aber bereits vor ihrer Ankunft vorgenommen worden. Die sowjetischen Vertreter identifizierten die im Leichenschauhaus befindliche Leiche und der Arzt stellte dabei an beiden Armen der Leiche Pantschenkos tiefe, durch einen scharfen Gegenstand beigebrachte Schnittwunden fest. An einem Unterarm gab es sieben solche Schnittwunden und am anderen sechs. Eine solche, man kann sagen, sadistische Art des Selbstmordes musste dem Arzt natürlich sonderbar erscheinen.

Nach polizeilichen Meldungen herrschte im Hotelzimmer Nr. 311, das Pantschenko bewohnte, grosse Unordnung. Mit einem scharfen Gegenstand wurde die Matratze auf-

geschlitzt, an vielen Stellen wurden Blutspuren festgestellt. Die Botschaft der UdSSR ersuchte die schweizerische Regierung, den sowjetischen Vertretern Obduktionsunterlagen und auch Kopien der Vernehmungsprotokolle der Zeugen zu übergeben.

Die Tragödie in Aarau hatte sich am 7. April dieses Jahres abgespielt, bisher erhielt aber die sowjetische Seite keine erschöpfende Antwort auf die Fragen der sowjetischen Botschaft, keine ausführlichen Ergebnisse der Obduktion und keine Kopie der Vernehmungsprotokolle der Zeugen.

Das einzige, was der sowjetischen Botschaft (am 19. Juli des Jahres) zur Verfügung gestellt wurde, war eine Kopie der dünnen Akte zu diesem Fall, die von der Polizei des Kantons Aargau «im Zusammenhang mit dem Selbstmord des Herrn Pantschenko» angelegt worden war. Sie enthielt die Meldungen der Polizisten, die die Tatortbesichtigung vorgenommen hatten, ein Verzeichnis der im Hotelzimmer gefundenen persönlichen Sachen Pantschenkos, Kopien von Hotelrechnungen und Kopien von Aufnahmen der Leiche in der Badewanne und Fotos des Hotelzimmers aus verschiedenen Perspektiven, die von einem Polizeifotografen gemacht worden waren.

Es ist noch hinzuzufügen, dass unter den persönlichen Sachen Pant-

Fragen über Fragen

Soweit die von der Polizei zusammengebrachten Fakten, die der sowjetischen Botschaft in Form einer Akte vorgelegt wurden. Im Begleitschreiben des Politischen Departements wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die in der «Akte» enthaltenen Angaben zweifellos die von der Botschaft gestellten Fragen beantworten würden.

Sie gibt jedoch nicht nur keine Antwort auf die Fragen, die bei den Mitarbeitern der sowjetischen Botschaft entstanden sind, sondern lässt auch neue aufkommen. Nachstehend einige dieser Fragen:

Warum erklärte ein Vertreter der Hotel-Administration im Gespräch mit einem Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft, dass die Tür des Zimmers 311 von der Polizei aufgebrochen worden sei, während aus der Polizeimeldung hervorgeht, dass sie von dem stellvertretenden Direktor des Hotels, Jürg, in Abwesenheit der Polizei aufgebrochen worden ist?

Wie erklärt es sich, dass das Zimmermädchen, das nach eigenen Angaben das Zimmer tagsüber wegen des Schildchens «Bitte nicht stören» nicht betreten konnte, den Wasserspuren unter der Zimmertüre «keine Bedeutung» beimass?

Die Polizei meint, dass Pantschenko unter der Einwirkung von Alkohol Selbstmord begangen habe, den er aus Verzweiflung über den Verlust des Passes in übermässigen Dosen konsumiert habe. Die Freunde und Verwandten von Pantschenko, die ihn als einen gesunden, optimistisch gestimmten Menschen gekannt haben, lassen den Gedanken nicht zu, dass er sich wegen des Passverlustes zu einem solchen Schritt hätte entschliessen können.

Was die Einwirkung des Alkohols betrifft, so «stand Pantschenko zu der Zeit des Todes nicht unter Einwirkung von Alkohol» – so lautet das Gutachten des schweizerischen Arztes Stech, dass sich in der Akte befindet.

Am 19. April lief in der sowjetischen Botschaft in Bern eine Postsendung ein, in der sich der auf den Namen von L.L. Pantschenko ausgestellte diplomatische Pass befand. Ihm wurde eine Karte des Fundbüros des Flughafens Kloten beigelegt. Als die Polizei davon erfuhr, erklärte sie, Pantschenko hätte seinen Pass im Flughafen Kloten am 1. April verloren, als er dort aus London eingetroffen war, und dass der Pass am gleichen Tage von einem Unbekannten, der ihn gefunden hätte, im Fundbüro abgegeben worden wäre.

Warum wurde der Diplomatenpass, ein offensichtlich ziemlich seltener Fund, nicht unverzüglich an die sowjetische Botschaft in Bern gesandt und warum wurde er nicht der schweizerischen Polizei gemeldet? Warum blieb er 18 Tage im Flughafen liegen? Warum wurde auf dem Registrierungsformular, dass jeder verlorenen Sache beigefügt wird, nicht angegeben, wer den Pass Pantschenkos gefunden und abgegeben hat, während in Fällen mit weniger wichtigen Dokumenten auf den Formularen bekanntlich Name und Vorname des Finders angegeben sind?

Wenn es sich um einen Selbstmord gehandelt hatte, warum hätte man dann die Obduktion vor der Ankunft der sowjetischen Vertreter in Verletzung der bestehenden Vereinbarung vornehmen müssen?

Wenn es sich um einen Selbstmord gehandelt hätte, warum wurde das in den Zeitungen, die auf «Sensationen» in solchen Fällen so versessen sind, erst zwei Wochen später gemeldet?

Wenn es einfach ein Selbstmord gewesen ist, warum zogen dann die schweizerischen Behörden die Übergabe der Untersuchungsmaterialien an die sowjetische Seite derart in die Länge, dass die Aufklärung der wahren Umstände des Todes des sowjetischen Bürgers faktisch verhindert wurde?

Und schliesslich noch eine Frage: Warum wurden aus den Polizeiakten, die der sowjetischen Botschaft mit sorgfältig durchnummerierten Seiten vorgelegt worden sind, offensichtlich im letzten Moment sieben Seiten (51–57) entfernt nicht bestimmungsgemäss übergeben?

Fehlende Organe

Aber genug mit Fragen. Es gibt wohl zu viele Fragen in Bezug auf den Fall, der von der schweizerischen Polizei als «eindeutiger Selbstmord» bezeichnet wird, wobei eine eventuelle Beteiligung einer anderen Person ausgeschlossen wird. Gehen wir nun zu einigen zusätzlichen Informationen über, die wir mitzuteilen versprochen.

Am 17. April wurde in Moskau in der Leichenhalle des Sklifosowski-Instituts von Moskauer Gerichtsmedizinern eine erneute Obduktion der Leiche von L.L. Pantschenko vorgenommen.

Die sowjetischen Spezialisten der pathologischen Anatomie stellten fest, dass das Hirn und viele innere Organe im Leichnam fehlten. In der Brust- und in der Bauchhöhle waren Stücke der Lungen, des Hirns, der

Fortsetzung Seite 6



«Blick» vom 26. September 1979. Es blieb bei der Frage...

geschlitzt, an vielen Stellen wurden Blutspuren festgestellt.

Die Botschaft der UdSSR ersuchte die schweizerische Regierung, den sowjetischen Vertretern Obduktionsunterlagen und auch Kopien der Vernehmungsprotokolle der Zeugen zu übergeben.

Die Tragödie in Aarau hatte sich am 7. April dieses Jahres abgespielt, bisher erhielt aber die sowjetische Seite keine erschöpfende Antwort auf die Fragen der sowjetischen Botschaft, keine ausführlichen Ergebnisse der Obduktion und keine Kopie der Vernehmungsprotokolle der Zeugen.

Das einzige, was der sowjetischen Botschaft (am 19. Juli des Jahres) zur Verfügung gestellt wurde, war eine Kopie der dünnen Akte zu diesem Fall, die von der Polizei des Kantons Aargau «im Zusammenhang mit dem Selbstmord des Herrn Pantschenko» angelegt worden war. Sie enthielt die Meldungen der Polizisten, die die Tatortbesichtigung vorgenommen hatten, ein Verzeichnis der im Hotelzimmer gefundenen persönlichen Sachen Pantschenkos, Kopien von Hotelrechnungen und Kopien von Aufnahmen der Leiche in der Badewanne und Fotos des Hotelzimmers aus verschiedenen Perspektiven, die von einem Polizeifotografen gemacht worden waren.

Es ist noch hinzuzufügen, dass unter den persönlichen Sachen Pant-

heimdienste geworden. Der Bundesrat bezeichnete die Sowjetversion als «Unsinn». Die Untersuchungsbehörden blieben bei ihrem Selbstmordbefund. Aber dann wurden immer mehr Unstimmigkeiten bekannt: Die Russen behaupteten, im Organismus Pantschenkos Spuren der Droge LSD gefunden zu haben. Die wichtigsten inneren Organe des Sowjetdiplomaten sind immer noch in der Schweiz, aber nicht an der Uni Zürich, wo sie auf LSD untersucht werden könnten: Die Untersuchungsbehörde liess die Organe 5 Monate lang in Bern lagern, bis sie endlich an die Uni Zürich geschickt wurden, die nicht über die nötigen Spezial-einrichtungen verfügt!

● In den Untersuchungsakten, die der Sowjetbotschaft zur Verfügung gestellt wurden, fehlen Seiten 51 bis 57!

● Es steht fest, dass Pantschenko zum Zeitpunkt seines Todes nicht betrunken war. Aber die Unmenge Alkohol, die er getrunken haben soll, fehlte tatsächlich in der Zimmerbar im «Aarauerhof»: Hat Pantschenko das Zeug einfach weggeschüttet? Oder hat jemand dafür gesorgt, dass die Vollrausch-Version glaubhaft aussah?

● Der Diplomatenpass Pantschenkos mit der Nummer DK 039.326 wurde im Flughafen Kloten gefunden und im Fundbüro abgegeben. Normalerweise wird der Finder dort registriert. Im Falle Pantschenko nicht: Zufall?

● Pantschenko sollte in Aarau an einer Kakao-Tagung der UNICEF teilnehmen. Die Liste der übrigen Teilnehmer – die meisten wie Pantschenko Gäste im Hotel Aarauerhof und damit mögliche Zeugen – wurde von der Polizei beschlagnahmt! Es gibt eigentlich nur drei Möglichkeiten: ● Pantschenko beging tatsächlich Selbstmord. ● Pantschenko wurde von westlichen Agenten ermordet. ● Pantschenkos Selbstmord wurde von sowjetischen KGB inszeniert, um gleichzeitig zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen: Einen Doppelagenten auszuschalten und der Schweizer Abwehr ein auszuweichen!

Was verschweigt unser Geheimdienst in Bern?



Die Ehefrau Gleichstrom

Wann gibt's AHV-Mehrleistungen?
 ca. BERN – Dutzende von Rentnern bestimmten den HEISSEN DRAHT. Sie wollten genau wissen, wie sich die im BLICK vom Montag erwähnten Einkommensgrenzen bei der AHV-Ergänzungsleistung berechneten. Bei jedem Rentner muss individuell berechnet werden, ob er eine Ergänzungsleistung bekommen kann, erklärt ein Sprecher des Bundesamtes für Sozialversicherung in Bern.

Das massgebende Einkommen besteht aus der gesamten AHV-Rente und aus einem genau festgelegten Anteil der übrigen Einkünfte wie Sparzinsen, Pensionen, Arbeitslohn. Bei der Berechnung der für die Ergänzungsleistung massgebenden Einkommensgrenzen werden zusätzlich Abzüge gemacht, beispielsweise die Schulzinsen sowie persönlich Freibeträge. Wie es im Einzelnen geht, sagt ein Merkblatt, das jeder Rentner bei seiner Angliekskasse beziehen kann.

Mord im Aarauerhof...

Fortsetzung von Seite 5

Leber usw. chaotisch verstreut. Die hohlen Stellen vom Schädel bis zum Bauch waren mit einem Spezialpapier – Lignin – gefüllt, dem Leichnam war sorgfältig das Blut entzogen worden, das Rückenmark, der Magen und andere Organe, die für eine toxikologische Untersuchung besonders wichtig sind, fehlten. Mithilfe spezieller physikalisch-chemischer Methoden entdeckten die sowjetischen Experten in der Gewebeflüssigkeit, die entnommen werden konnte, dass aktivste der heute bekannten psychotoxischen Präparate – Lysergsäurediethylamid, das heute im Westen als LSD bekannt ist (in den inneren Organen aber, deren Stücke man in der Brust und der Bauchhöhle nach der ersten Obduktion hatte liegen lassen, ist dieses Präparat nicht festgestellt worden). Die Ergebnisse der Untersuchungen erwiesen, dass sich im Organismus Pantschenkos beim Todeseintritt so viel LSD befand, dass es um ein Mehrfaches die Dosis übertrifft, die eine starke psychische Erkrankung hervorruft, die darin in Erscheinung tritt, dass der Kranke Kontakte zur Aussenwelt einbüsst und die Kontrolle über das eigene Benehmen verliert.

Nach der Meinung der Spezialisten war Pantschenko, der sich in einem solchen Zustand befand, nicht in der Lage, sich vorsätzlich 13 deutlich erkennbare Wunden beizubringen, wie es aus dem Protokoll der Polizei hervorgeht, und dann noch an die Badewanne heranzugehen, diese mit Wasser zu füllen und in die Wanne zu steigen.

Pantschenko hat keine Arzneimittel mit narkotischer Wirkung und erst recht keine Narkotika gebraucht, was von seinen Verwandten, Freunden, Bekannten und Mitarbeitern der internationalen Organisation, bei der er tätig war, bestätigt werden kann. Es ist auch voll und ganz ausgeschlossen, dass er sich auf eigene Kosten irgendwo das Präparat LSD hätte anschaffen können und dazu noch in dieser Menge.

Das Präparat konnte nur durch eine andere Person und mit einer bestimmten Absicht in den Organismus Pantschenkos eingeführt werden.

Wie allgemein bekannt ist, verfügen die westlichen Spezialdienste über dieses Präparat und nutzen es für die Einwirkung auf den geistigen Zustand des Menschen.

Allem Anschein nach kann man hier Antworten auf die Fragen finden, die mit der Tragödie in Aarau zusammenhängen.

Pantschenko hat ständig in London gearbeitet. Es liegen Informationen darüber vor, dass sich Spezialdienste der westlichen Länder für ihn interessierten. Sehr aufschlussreich ist, dass der Engländer, der wie man in solchen Fällen zu sagen pflegt, für Pantschenko «zuständig» war, ungefähr an denselben Tagen in London fehlte, als sich Pantschenko in der Schweiz auf einer Dienstreise befand (was erst nach dem Tod Pantschenkos bekannt geworden ist).

Was ist nun geschehen: Ein Fehler bei der Dosierung des Präparats, mit dem man den Willen Pantschenkos schwächen und ihn zur «Offenheit» bewegen wollte? Oder ist es ein vorsätzlicher Mord, dessen Gründe wir vorläufig nicht kennen (zum Beispiel die Weigerung Pantschenkos, für einen ausländischen Aufklärungsdienst zu arbeiten, die Befürchtung, er könnte die Öffentlichkeit über die Methoden, ihn psychisch zu manipulieren, informieren?) Das eine liegt jedoch auf der Hand: Es handelt sich hier nicht um einen Selbstmord.

Bis jetzt verfügen die sowjetischen Sachverständigen nicht über ausreichendes ausführliches Material von den Ergebnissen der ersten Obduktion des Leichnams, die in der Schweiz vorgenommen worden ist. Die Um-

stände, unter denen der Tod eintrat, sind rätselhaft, die Polizei hat aber, wie offiziell angegeben wurde, keine toxikologische Untersuchung durchgeführt und beabsichtigt aus unbekanntem Gründen, die dem Leichnam entnommenen inneren Organe bis Ende 1980 aufzubewahren.

Die sowjetischen Gerichtsmediziner, die eine weitere Obduktion vorgenommen haben, haben Grund zu behaupten, dass die Stücke der inneren Organe, die in der Brust- und der Bauchhöhle Pantschenkos entdeckt worden sind, nicht ihm gehören. Sie wurden während oder nach der ersten Obduktion ausgetauscht. Es entsteht die berechnete Frage: Wer hat das gemacht und auf wessen Anweisung?

Unter diesen Umständen scheint die Version von Mord an Pantschenko ein Axiom zu sein. Hier sei der Hinweis am Platze, dass die schweizerischen Spezialdienste auf Anweisung ihrer Partner von Aufklärungsdiensten dritter Länder in der letzten Zeit mehrere Provokationen gegen die sich in der Schweiz befindlichen sowjetischen Bürger anzettelten. Unter Vorschubleistung der örtlichen Behörden wird eine Verleumdungskampagne lanciert, die auf die Schaffung einer Atmosphäre der Feindseligkeit und des Misstrauens gegen das sowjetische Personal in der UNO und anderen internationalen Organisationen, die in der Schweiz ihren Sitz haben, gerichtet ist. (...)

Schon seit langem wird die Schweiz als ein traditionsreicher Austragungsort von internationalen Friedentreffen und -konferenzen angesehen. Es wurde angenommen, dass die neutrale Schweiz den Teilnehmern solcher Treffen nicht nur Gastfreundschaft erweisen, sondern auch ihre Sicherheit gewährleisten würde.

Jedoch lassen die jüngsten Ereignisse, darunter der Mord an dem sowjetischen Diplomaten, an dem der Aufklärungsdienst eines imperialistischen Staates zweifelsohne beteiligt ist, die Frage aufkommen, ob die Schweiz auch in Zukunft als ein für die Unterbringung internationaler Organisationen geeigneter Ort betrachtet werden kann. Darunter auch solcher Organisation, die zur UNO gehören.

Jedes Land muss seinen guten Ruf zu wahren suchen, wenn es einen solchen Ruf hat. Die Schweiz hatte einen guten Ruf. Die Behörden dieses Landes sind imstande, ihn wiederherzustellen und den blutigen Knoten, den die ausländischen Aufklärungsdienste geknüpft haben, zu entwirren.

Ein sowjetischer Bürger ist ermordet worden, und zwar auf bestialische Art. In unserem Lande kann man nicht umhin, darauf mit Zorn und Enttäuschung zu reagieren.

Wir sind weit davon entfernt, den schweizerischen offiziellen Organen unmittelbar den Mord an Pantschenko anzulasten. Wir haben jedoch Gründe zu der Annahme, dass der schweizerische Abwehrdienst in vielen Fällen hinter dem Rücken des schweizerischen Parlaments und umso mehr hinter dem des schweizerischen Volkes agiert. Der Mord, von dem hier die Rede ist, ist auf dem Territorium der Schweiz geschehen. Deshalb wenden wir uns mit vollem Recht an die schweizerischen Behörden mit der Forderung, den wahren Tatbestand zu ermitteln und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen!

Quelle: *Nachrichten aus der Sowjetunion*, Nr. 2047, Bern 1979

Nachtrag der UW-Redaktion

Am 29. 11. 1990 schrieb das Magazin «Hebdo», die Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr UNA hätte «zumindest die Augen geschlossen, als britische Spezialdienste in Aarau den Sowjetbürger Leonid Pantschenko exekutierten.» Dieser Aussage wurde nicht widersprochen. Es gilt weiterhin die Unschuldsumutung...

«Fall Skripal» und seine Folgen**Dummdreiste Propaganda**

Die Affäre rund um den mutmasslichen Giftanschlag von Salisbury hat internationale Verwerfungen ausgelöst. Der frühere britische Botschafter in Usbekistan, Craig Murray, beleuchtet einige Schwachstellen der offiziellen Version.

Von Craig Murray

Was bleibt von der eindeutigen Identifizierung Russlands als dem Schuldigen am Anschlag von Salisbury durch die Regierung?

Motorola-Vertriebsmitarbeiter Gary Aitkenhead – seit Januar unerklärlicherweise Geschäftsführer der Chemiewaffen-Forschungseinrichtung Porton Down – sagte in einem Interview mit Sky, dass «möglicherweise» nur ein staatlicher Akteur das Nervengift herstellen können. Damit räumt er ein, dass auch ein nichtstaatlicher Akteur dazu in der Lage wäre. David Collum, Professor für Organische Chemie an der Cornell University und entsprechend bedeutend kompetenter als ein Motorola-Vertriebsmitarbeiter, hat erklärt, selbst seine Studenten im Abschlussjahr seien dazu imstande.

Weder staatliche noch private Medien haben bei Professor Collum oder anderen Professoren der Organischen Chemie in Grossbritannien nachgefragt. Rund um diesen Fall findet schlichtweg kein grundlegend investigativer Journalismus statt.

Der Griff zur Türgriff-Methode

Wenn also die Waffe selbst keinen sicheren Beweis für Russlands Täterschaft darstellt, welche Beweise hat Boris Johnson dann in der Hand? Es zeigt sich, dass die britische Regierung dabei lediglich auf eine Technik Bezug nimmt, mit der Nervengift auf den Türgriff geschmiert wird. Sämtliche britischen Medien wurden von «Sicherheitsquellen» darüber informiert, dass Grossbritannien im Besitz einer Kopie eines geheimen russischen Handbuchs für Attentäter sei, in dem beschrieben wird, wie man Nervengift auf Türgriffe aufträgt. Sollte das Nervengift also auf dem Türgriff von Skripals Haus gefunden worden sein, sei dies der entscheidende Beweis, der die NATO-Verbündeten von Russlands Schuld überzeugt habe.

Der Daily Mirror zitiert die «Sicherheitsquellen» folgendermassen:

«Es läuft auf Russlands Spionage-Handbuch zum Auftragen von Gift auf Türgriffe hinaus. Das ist der schlagende Beweis. Es beweist eindeutig, dass Russland in den vergangenen zehn Jahren Methoden zur Anwendung von Giften erforscht hat, unter anderem durch den Gebrauch von Türgriffen. Entscheidend ist, dass diese Fakten geholfen haben, unsere Verbündeten davon zu überzeugen, dass es nur Russland gewesen sein kann.»

Zwei Fragen drängen sich auf:

- Wie glaubhaft ist es, dass die britische Regierung im Besitz eines geheimen russischen Schulungshandbuchs zur Anwendung von Nowitchok-Wirkstoffen ist?

- Und wie glaubhaft ist es, dass die Skripals von ihrem eigenen Türgriff vergiftet wurden?

Widmen wir uns zuerst der zweiten Frage: Ich sehe schwerwiegende Probleme bei der Annahme, die Skripals seien von ihrem Türgriff vergiftet worden.

Wasserresistent oder nicht?

Das erste Problem ist folgendes: Nach der von Sally Davies, der leitenden Medizinalbeamtin im britischen Gesundheitsministerium, so genannten «gründlichen wissenschaftlichen Analyse» der bei den Skripals gefundenen Substanz, riet die Regierung denen, die mit dieser in Kontakt ge-

kommen sein könnten, ihre Kleidung zu waschen, sowie Oberflächen mit warmem Wasser und feuchten Tüchern abzuwischen. Verdächtige Örtlichkeiten wurden von der Feuerwehr abgespritzt.

Doch wenn die Substanz abwaschbar war, warum wurde sie dann auf einem Türgriff aussen an der Tür angebracht? Tatsächlich regnete es stark an diesem Tag in Salisbury und hatte sogar schon länger stark geregnet.

Kann mir jemand ein Szenario erklären, bei dem zwei Menschen beide den äusseren Türgriff berühren, wenn sie das Haus verlassen und die Tür schliessen? Und wenn das Gift von einem auf den anderen übertragen wurde, warum wurde es dann nicht ebenfalls auf die Ärztin übertragen, deren umfangreiche Hilfemassnahmen sie in engen körperlichen Kontakt brachten, unter anderem mit Flüssigkeiten?

Das zweite Problem hier ist, dass die Nowitchok-Nervengift-Gruppe unmittelbar wirksam ist. Es existiert schlichtweg kein Nervengift mit verzögerter Wirkung. Erinnern wir uns, dass Theresa May uns ausdrücklich mitgeteilt hat, dass dieses Nervengift bis zu zehnmal stärker als VX ist, jenes von Porton Down entwickelte Nervengift, das Kims Bruder innerhalb von 15 Minuten tötete.

Sollte das Gift tatsächlich auf dem Türgriff gewesen sein, müsste ihr letzter möglicher Kontakt damit drei Stunden vor Eintritt der Wirkung erfolgt sein. Nicht nur das: Ihnen ging es gut genug, um Auto zu fahren, durch ein Einkaufszentrum zu schlendern, einen Pub zu besuchen und dann – dies ist der wirklich unglaubliche Teil – waren ihre zentralen Nervensysteme in solch guter Verfassung und ihr Verdauungstrakt in einem solchen Gleichgewicht, dass sie in der Lage waren, sich hinzusetzen und eine vollständige Restaurantmahlzeit zu verspeisen. Erst nachdem sie all dies getan hatten, wurden sie – beide zum genau gleichen Zeitpunkt, trotz ihres deutlich unterschiedlichen Körpergewichts – von dem Nervengift niedergestreckt, dessen Wirkung sich von jetzt auf gleich von unbemerkt auf tödlich steigerte.

Der Tod tritt innert Minuten ein

Diese Schilderung ist schlichtweg nicht einmal annähernd glaubhaft. Nervengifte – besonders «militärisch verwendbare Nervengifte» – wurden als Gefechtswaffen entworfen. Sie lassen Gegner nicht für Stunden weiterkämpfen. In der wissenschaftlichen Literatur findet sich keine Beschreibung eines Nervengifts mit einem solch aussergewöhnlichen Zeitbomben-Effekt. Ein weiterer ernst zu nehmender Wissenschaftsprofessor beschreibt ihre schnelle Wirkung in Scientific American:

«Im Gegensatz zu herkömmlichen Giften müssen Nervengifte nicht in Speisen oder Getränke gemischt werden, um zu wirken. Es handelt sich bei ihnen um recht flüchtige, farblose Flüssigkeiten (eine Ausnahme bildet VX, von dem gesagt wird, es ähnele Motoröl). Die Konzentration im Dampf bei Raumtemperatur ist tödlich. Die Symptome einer Vergiftung zeigen sich schnell, sie umfassen ein Zusammenziehen des Brustkorbs, Atemnot und sehr wahrscheinlich Erstickungserscheinungen. Weitere Symptome sind Erbrechen und starke Inkontinenz. Berichten zufolge erbrachen Opfer des Anschlags auf die Tokioter U-Bahn Blut. Kim Jong-nam starb in weniger als 20 Minuten. Man

stirbt schliesslich entweder durch Erstickung oder Herzstillstand.»

Der zweite kritische Aspekt bei diesem ausgesprochen glücklichen Zufall – das Nervengift befindet sich auf dem Türgriff und die britische Regierung ist im Besitz eines russischen Handbuchs zur Applikation eines Nervengifts auf eine Tür – ist die Frage, ob dieses Handbuch echt ist. Wenn Boris Johnson will, dass wir ihm glauben, soll er das russische Handbuch veröffentlichen.

Kein Handbuch für James Bond

Wir sollten ebenfalls überdenken, ob der FSB (Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation, Anmerkung der Übersetzerin) seine geheimen Attentatsmethoden wirklich in einem Handbuch veröffentlicht? Ebenso wie andere leitende Mitarbeiter des Aussenministeriums habe ich eine Reihe von Trainingskursen des MI6 (britischer Auslandsgeheimdienst, Anmerkung der Übersetzerin) besucht. Einer dieser Kurse zum Umgang mit explosiven Stoffen fand in Fort Monckton statt, unweit von Salisbury. Ein anderer, in einem unscheinbaren Londoner Bürogebäude, behandelte Abhörmethoden. Ich erinnere mich, Vorrichtungen zum Bohren winzigster Löcher in Wände gesehen zu haben, diese Bohrer drehten sich extrem langsam. So dauert es viele Stunden, eine Wand zu durchdringen, doch zumindest entstehen dabei weder Geräusche noch Vibrationen. Dort erfuhr ich, dass dich die Regierung abhören kann, indem sie das Mikrofon in deinem Mobiltelefon aktiviert, selbst wenn das Gerät ausgeschaltet ist. Ich erinnere mich an spezialisierte Richtmikrophone, die von der Decke hingen und auf entfernte Ziele gerichtet waren, und an ein Abhörgerät, das mithilfe eines Infrarot-Strahls arbeitete, wobei die Zielperson diesen Vorgang vereiteln konnte, indem sie den Vorhang schloss.

Der Punkt ist: Natürlich gab es keine Handbücher für diesen Kram und auch keine Handbücher für irgendeine andere Geheimtechnik des MI6 – derlei wird nicht mal eben aufgeschrieben.

Boris Johnson hat gelogen

Ich möchte hier hinzufügen, dass ich jegliches Vertrauen in die polizeilichen Ermittlungen verloren habe, als diese der lokalen Polizeibehörde entzogen und an die hochgradig politisierte Anti-Terror-Einheit der Londoner Metropolitan Police übergeben wurden. Ich vermute, die Erklärung des bemerkenswert zweckdienlichen (doch physikalisch unmöglichen) Beweises der Türgriff-Methode, die exakt mit dem «russischen Handbuch» übereinstimmt, liegt in diesem Vorgang begründet.

Dies sind nur einige der Probleme, die ich in der offiziellen Berichterstattung über die Ereignisse sehe. Boris Johnson hat gelogen, was die sichere Herkunft des Nervengiftes angeht, und der Beweis, den er in der Hinterhand hat, ist zum jetzigen Zeitpunkt schlichtweg nicht überzeugend. Nichts davon beweist, dass es nicht der russische Staat gewesen ist. Doch es gibt ebenfalls keine überzeugenden Beweise, dass es Russland war. Ausserdem gibt es noch eine Reihe anderer Möglichkeiten. Vielleicht werden die offenkundigen Unstimmigkeiten in der offiziellen Darstellung dereinst behoben werden, doch es ist offensichtlich, dass Johnson und May vorschnell und höchst unverantwortlich gehandelt haben.

(Quelle und Übersetzung: rubikon.news. Von uns gekürzt und mit Untertiteln versehen.)



Besammlung zum Ostermarsch 2018. Foto Wanitsch

Tradition der Ostermärsche

Bewegen für den Frieden

Von Martin Schwander

Armeeform und Friedensarbeit waren traktandiert, als sich am 22. Oktober 1960 die Parteileitung der PdAS zu ihrer Sitzung in Lausanne traf. Soweit man in der Friedensfrage überhaupt Bericht bekommen konnte, seien die Aktivitäten auf diesem Gebiet bei uns eher gering, rapportierte der Basler PdA-Vertreter Franz Dübi später seinen Genossinnen und Genossen zuhause. «Die Schweizerische Friedensbewegung entfaltet ebenfalls keine grosse Tätigkeit mehr.»

Eine desolante Feststellung für eine Partei, die sich die Friedensfrage seit ihrer Gründung stets prominent auf die Fahne geschrieben hatte und wie keine andere den Kampf für den Frieden mit dem Kampf für sozialen Fortschritt und die Menschenwürde zu verbinden wusste. Und tragisch für die Schweizerische Friedensbewegung (SFB), dass ihre Aktivitäten genau zu jenem Zeitpunkt einzubrechen drohten, als ihr ureigenes Thema, der Kampf gegen die nukleare Gefahr, endlich auch von anderen Gruppierungen aufgenommen worden war.

1949 mit viel ideeller und personeller Unterstützung der PdAS und ihrer Jugendorganisation ins Leben gerufen, war die SFB insbesondere in der ersten Hälfte der 50er Jahre das massgebliche Sammelbecken all jener, die sich in der Schweiz dem Kampf gegen den nuklearen Wahnsinn verschrieben hatten. Sie war es, die als Mitglied des Weltfriedensrates hierzulande etwa die Unterschriftensammlung unter den Stockholmer Appell initiierte und trotz allerlei Behördenschikanen mit über einer Viertelmillion Unterschriften abschliessen konnte. Es war ihr Plakat des Künstlers und Friedenskämpfers Hans Erni gegen den Atomtod, das von vielen Kantonen verboten wurde. Es war aber auch sie, die sich im Kalten Krieg zunehmend in die Isolation gemobbt sah: Wer für Frieden und Völkerverständigung eintrat, war zu jener Zeit schnell einmal als Vaterlandsverräter gebrandmarkt, zumal dann, wenn er Ross und Reiter des Rüstungswahnsinns klar benannte und zwischen Aggressoren und Angegriffenen unterschied.

Englisches Vorbild

Als sich Ende der 50er Jahre Widerstand gegen die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Schweizer Armee bildete und sich die Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung formierte, wurde nicht nur die Partei der Arbeit sondern insbesondere auch die SFB möglichst aussen vor gehalten: Obwohl beide Organisationen in den Jahren zuvor im Kampf gegen die nukleare Rüstung und gegen Atomwaffenversuche eine führende Rolle innehatten, wurde ihren Mitgliedern 1958 etwa der Einsitz im Initiativkomitee der frisch lancierten

Atomwaffenverbots-Initiative verwehrt und der PdA in Basel gar die Aushändigung von Unterschriftenbogen verweigert...

Im selben Jahr mobilisierte in England die «Kampagne für nukleare Abrüstung» (CND) über Ostern einen Protestmarsch von London aus zum gut 80 Kilometer entlegenen britischen Atomwaffen-Forschungszentrum in Aldermaston. Der riesige Erfolg des Marsches bewog den CND, die Kundgebung 1959 in umgekehrter Marschrichtung zu wiederholen, diesmal mit internationaler Beteiligung. Auch aus der Schweiz waren Friedenskräfte angereist, so etwa der damalige Sekretär der Schweizerischen Friedensbewegung Arthur Villard und der PdA-Gemeindepräsident von Yverdon, der Filmer Jean Mayerrat. Der CIA witterte hinter den Friedensmärschen, die sich in den Jahren danach über die ganze Welt verbreiten sollten, die Hand des Weltfriedensrates und qualifizierte sie als Versuch der Sowjetunion, «die Verteidigung der Freien Welt und deren Nutzung der effizientesten Waffe gegen die Expansion des Sowjetimperialismus zu hemmen».

Abstimmungskampf mit Ostermarsch

In der Schweiz sollte es noch ein paar Jahre dauern bis zum ersten Ostermarsch. Am 1. April 1962 wurde die von der Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung lancierte Initiative gegen die atomare Bewaffnung der Schweizer Armee zur Abstimmung gebracht. PdAS und Friedensbewegung hatten ihr 1960

zu einer parteipolitischen Streitfrage herabgemindert werden kann», erklärte das Büro der Schweizerischen Friedensbewegung am 17. Februar 1962 und rief dazu auf, ein «Ja für eine Landesverteidigung ohne Atomwaffen» einzulegen.

Die Abstimmung ging bekanntlich verloren. Als einzige landesweite Partei hatte sich die PdAS für eine Annahme der Initiative stark gemacht. Die SPS zog es vor, eine eigene Initiative zu lancieren, die sich weder für noch gegen die Atomwaffe aussprach sondern dem (männlichen) Stimmvolk die entsprechende Entscheidungsbefugnis übergeben wollte.

Diese Atominitiative II sollte im Mai 1963 zur Abstimmung gelangen, wenige Wochen nach Ostern. Wiederum waren es insbesondere die PdAS und die SFB, die sich neben der Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung mit Herzblut für die Annahme engagierten. Jugendliche aus der Anti-Atombewegung, die sich in der Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung zusammengeschlossen hatten, lancierten die Idee, im Vorfeld der Abstimmung über Ostern von Lausanne zur UNO nach Genf zu marschieren, wo das UNO-Abrüstungskomitee tagte. «Es war ein Wagnis, nach ausländischem – besonders englischem – Vorbild auch in der Schweiz einen ersten «Ostermarsch» als Kundgebung gegen die Atomkriegsrüstungen zu unternehmen», schrieb Hugo Kramer danach in der Zeitschrift «Neue Wege».

Der Ostermarsch selbst war zwar ein voller Erfolg. Überall, «in den Bauerngemeinden zwischen Renens und Nyon, in Morges und auf der Route de Suisse», seien die Marschierenden freundlich interessiert empfangen worden, meinte etwa der «Vorwärts»-Korrespondent. Die Abstimmung vom 26. Mai 1963 hingegen wurde wiederum verloren.

Vietnam im Zentrum

Die Ostermärsche hielten sich in der Schweiz nur noch wenige Jahre: 1964 wiederum von Lausanne nach Genf, mit einer Schlusskundgebung von etwa 5000 Teilnehmenden und dem Fokus auf die Schaffung Kernwaffenfreier Zonen und gegen Kernwaffenversuche, und 1965 erstmals in der Deutschschweiz von Olten nach Basel und unter dem Motto «Brot für die Völker – statt Krieg!» mit stark sozialer Komponente. 1966, von Andelfingen über Schaffhausen nach Zürich, mussten die Marschierenden zunächst einige Schmähe über sich ergehen lassen. Eine «Vereinigung für eine starke Landesverteidigung» hatte im Vorfeld gegen den Ostermarsch mobilisiert. «Diese Vereinigung schickte Schulkinder und Jugendliche mit Lärminstrumenten, primitiv aufgemachten und beschrifteten Plakaten auf die Strasse, welche in zwei Dörfern den Durch-

zug des Ostermarsches zu behindern suchten», berichtete Pfarrer Willi Kobe in der Zeitschrift «Neue Wege». In Schaffhausen wurde eine Begrüssungskundgebung mit Lautsprechermusik und gar mit Rauchbomben gestört. Die Abschlusskundgebung auf dem Zürcher Münsterhof schliesslich fiel mit etwa tausend Teilnehmenden etwas geringer aus als in den Vorjahren. Gefordert wurde insbesondere, der Bundesrat möge «Bestrebungen zur Verhinderung jeglicher Weiterverbreitung von Atomwaffen ermuntern und seinerseits fördern.»

Bereits 1965 und 1966 war Vietnam beim Ostermarsch auf etlichen Transparenten präsent. Für 1967 beschloss die weiterhin federführende Schweizerische Bewegung gegen atomare Aufrüstung, auf einen eigentlichen Ostermarsch zu verzichten und stattdessen am Wochenende vom 15. April 1967 unter dem Slogan «Frieden und Unabhängigkeit für das Volk von Vietnam» in Biel zunächst eine Vietnam-Tagung durchzuführen und am Tag danach einen eintägigen Marsch von Lyss nach Bern, mit welchem vor allem der Forderung nach baldigen Abschluss eines Atomsperrvertrages Nachdruck gegeben werden sollte. Beide Veranstaltungen waren geprägt durch die starke Präsenz von Jugendlichen: Vietnam war bei ihnen längst Herzensangelegenheit geworden. Es habe eine «engagierte, fiebrige geistige Aufbruchsstimmung» geherrscht, die «durch eine frische Jugendlichkeit und Betriebsamkeit bestimmt war», stellte der «Vorwärts» fest. Am sechsstündigen Marsch über Frienisberg nach Bern zum Münster-

platz hätten sich um die 1200 Menschen beteiligt und der Münsterplatz selbst habe die schliesslich 2000 Manifestanten und Zuschauer gerade noch zu fassen vermocht.

Ostermarsch goes international

Es war die vorerst letzte Kundgebung dieser Art. Mit dem Abschluss des Atomwaffen-Sperrvertrages verlor das Thema der atomaren Rüstung zumindest seine innenpolitische Brisanz, und für Themen wie die Vietnam-Solidarität fand die Jugend ohnehin andere Ausdrucksformen als längere Märsche: 1968 stand vor der Tür. Erst mit den Plänen zum Bau von Neutronenwaffen unter US-Präsident Jimmy Carter und der drohenden Stationierung von atomar bestückten Kurzstreckenraketen in Europa wurde der Friedensbewegung Ende der 70er Jahre neuer Auftrieb gegeben und an die Tradition der Ostermärsche angeknüpft. 1982 – 1992 fanden in Basel im sogenannten Dreiecksland unter massgeblicher Mitorganisation durch die SFB und mit Unterstützung der lokalen PdA eintägige internationale Ostermärsche bzw. Osterkundgebungen statt, die später von Friedensfahrten auf dem Rhein und Friedensfesten abgelöst wurden. Auch am Bodensee hielten sich einige Jahre hindurch grenzübergreifende Manifestationen, doch nachhaltig aufgegriffen wurde die Aktionsform Ostermarsch erst 2003 wieder, durch ein Berner Komitee aus vornehmlich kirchlichen und developmentpolitischen Kreisen und Organisationen, das in den Jahren danach sukzessive an Breite gewann.



argus

Unter dem Namen «argus» beabsichtigt die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) die Gründung eines Diskussions-Clubs für moderne Politik.

Unser Ziel

Eine Plattform zu schaffen für aktive Meinungsbildung (im Gegensatz zu Vorträgen, zum Beispiel), wo die Mitglieder friedensrelevante Themen selber bearbeiten, eigene Forschungen machen und Resultate kontrovers diskutieren.

Unsere Grundsätze

Wir sind parteipolitisch, ideologisch und konfessionell neutral. Wir sind einzig und allein der Wahrheit und dem Frieden verpflichtet. Der Club steht offen auch für Nichtmitglieder der Schweizerischen Friedensbewegung.

Erstes Thema

Das erste Thema, das wir uns vornehmen, sind die Ereignisse vom 11. September 2001. Für fast alle folgenden Kriege und Konflikte, die auch uns in Europa betreffen, mussten und müssen diese Ereignisse als Vorwand herhalten. Was damals wirklich passierte, ist deshalb von höchster friedenspolitischer Relevanz und bewegt die Gemüter noch heute stark («Arena» mit Daniele Ganser und seine Vorträge in Basel, zum Beispiel). Es wird aber von den Massenmedien fast vollständig ignoriert. Jeder Zweifel an der offiziellen Theorie, die von Widersprüchen nur so strotzt, wird als «Verschwörungstheorie» abgetan. Es ergibt also auf jeden Fall einen Sinn, diesem Thema nachzugehen.

Organisatorisches

Es ist vorgesehen, dass der Club sich ein Mal pro Monat trifft (in Basel). Das Datum der ersten (Gründungs-)Versammlung ist noch offen. Die Interessierten werden darüber informiert.

Ich interessiere mich für «argus»

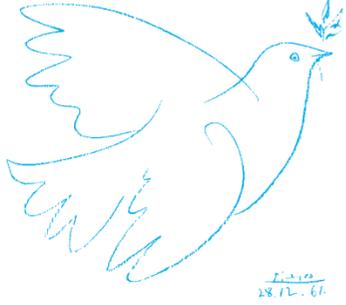
Name	<input type="text"/>
Vorname	<input type="text"/>
Strasse, Nr	<input type="text"/>
PLZ, Ort	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>

Bitte einschicken an Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 BASEL



Plakat zum 1. Ostermarsch in der Schweiz, 1963. Bild: Schweiz. Sozialarchiv, Zürich

von Franz Dübi festgehaltenes Tief zuvor offenbar überwunden und setzten sich mit allen publizistischen und personellen Kräften für eine Annahme ein. «Die Gefahr, die die Kernwaffen für die Menschheit heraufbeschworen haben, ist so gross, dass die Bedeutung dieser Abstimmung nicht



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 5 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!



Paul Robeson 1942 in einer Aufnahme von Gordon Parks (Library of Congress Prints and Photographs Division Washington).

Zum 120. Geburtstag von Paul Robeson

Sänger des Friedens

Am 9. April 1958 feierte der US-amerikanische Sänger, Schauspieler und Bürgerrechtler Paul Robeson seinen sechzigsten Geburtstag. Es sei der Wunsch «von vielen Tausenden von Radiohörern in der Schweiz», dass Radio Zürich eine Übertragung des an diesem Tag vorgesehenen internationalen Konzertes vornehme, schrieb das Zürcher «Volksrecht» wenige Tage zuvor: «Leider ist es ihm nicht möglich, ausserhalb der USA, wo er lebt, aufzutreten: Er ist Gefangener seiner Regierung.»

Von Martin Schwander

Paul Robeson, am 9. April 1898 als Sohn eines entflohenen Sklaven geboren, war mit Rassismus und Lynchjustiz aufgewachsen – und dem Widerstand dagegen. Sein Vater hatte ihn gelehrt, dass er sich als Afroamerikaner mit 98 oder 99 Punkten nicht zufrieden geben darf, wenn es 100 zu erreichen gibt: Um sich durchzusetzen, musste er überall mit Höchstleistungen punkten.

So schwang er oben aus, in der Schule, im Studium, in der Leichtathletik, auf dem Baseballfeld und als Footballer, er wurde zweimal in die allamerikanische Footballmannschaft berufen, als erster und einziger Schwarzer überhaupt, war bester Absolvent einer weissen Universität, hätte also alle Voraussetzungen mitgebracht, seinen Weg zum «Vorzeigeschwarzen» zu gehen, seinen ganz persönlichen American Dream zu verwirklichen.

Filmaufnahmen in der Schweiz

Robeson war aber nicht verbiegbare. Nach Abschluss seines Rechtsstudiums findet er zwar sofort Arbeit als Rechtskonsulent in einer angesehenen New Yorker Anwaltskanzlei. Als sich dort jedoch eine weisse Sekretärin weigert, von ihm, einem Nigger, ein Gutachten in die Maschine zu tippen, verlässt er seinen Beruf, für den

er alles gegeben, für den er nächtelang Teller gewaschen, Kohle geschleppt und die Mülleimer der reichen Weissen gelehrt hatte, und widmet sich fortan den Künsten. Robeson tritt der kleinen, verschworenen Theatergruppe um den Dramatiker und Nobelpreisträger Eugene O'Neill bei, spielt dessen «Emperor Jones» und geht damit auf Tournee nach England und in das vorfaschistische Deutschland, zu Max Reinhardt. Er erhält Hauptrollen in ernsthaften europäischen Filmproduktionen, so zum Beispiel im avantgardistischen Stummfilm «Borderline», den er 1930 an den Gestaden des Genfer Sees dreht oder im walisischen Bergarbeiterdrama «Proud Valley».

Für die «Undsowweiter und Etzeteras»

Mittlerweile hatten er und seine Freunde auch seine wunderbare Stimme entdeckt. Zwar wurde Robeson bei seinem ersten Auftritt auf dem Footballfeld die Nase gebrochen, was ihn sein Leben lang beim Singen behinderte, und als ungelerner Bass-Bariton hatte er nur begrenzte gesangliche Ausdrucksmöglichkeiten. Innerhalb seiner gesanglichen Möglichkeiten jedoch wurde Robeson unerreichbar. «Wenn er singt», notiert eine englische Zeitung 1958, «hört man den unbefleckten Ausdruck des menschlichen Geistes». Jerome Kern und Oscar Hammerstein schrei-

ben ihm Ende der Zwanzigerjahre ein Lied auf den Leib, dem Robeson mit den Jahren neue Worte gibt, es von einem Klagelied in ein Kampflied umwandelt und das weltweit zu seine Visitenkarte, zu seiner gesanglichen Signatur wird: «Ol' Man River».

Über 300 verschiedene Schallplatten werden schliesslich von Robeson gepresst, Negro Spirituals, immer mehr aber auch Volkslieder in über 20 verschiedenen Sprachen, Lieder der Arbeitswelt, der «Undsowweiter und Etzeteras», Lieder für den Frieden, gegen den Faschismus. Denn war er auch zum bestbezahlten Künstler seine Zeit geworden, machte er als Othello in England und am Broadway Furore, versammelte er mit Leichtigkeit an einem Konzert an die 200'000 Leute: Er konnte und wollte seine Wurzeln nicht vergessen und auch nicht, dass mit einem schwarzen Star, mit einem Farbigen, der es «geschafft» hatte, sich am Los seiner Brüder und Schwestern in den USA, am Los der Unterdrückten in der ganzen Welt noch gar nichts verändern würde. Er setzte seinen Ruhm und seine Popularität ein als Waffe im Kampf für die Gleichberechtigung, bekämpfte mit seinen künstlerischen Mitteln und seinem rhetorischen Talent den Faschismus, sang für jüdische Flüchtlinge in England und für die Demokratie im republikanischen Spanien, für die Opfer der Lynchjustiz im eigenen Lande, für die Gefangenen der Apartheid, für die Befreiung der Kolonien, aber auch für die Emanzipation der Arbeitenden, welcher Hautfarbe auch immer. Die «Welt» schreibt am 20. Juli 1958: «Seine Stimme, dieser mit dunklem Orgelton zarte und machtvolle Bass-Bariton, der die frommen Spirituals seiner schwarzen Ahnen, Revolutionsgesänge und schlichte Wiegenlieder zu unvergleichlicher Wirkung zu bringen vermag, hat Millionen Menschen jeder Hautfarbe aufhorchen lassen, hat sie bewegt und erschüttert.»

Als Mensch unter Menschen

Nächtelange Gespräche in England mit George Bernhard Shaw, Kwame Nkrumah, Pandit Nehru und Jomo Kenyatta, aber auch die Erfahrung, dass die weissen Proletarier Grossbritanniens nicht viel besser behandelt werden als die Schwarzen Amerikas und die Völker der Kolonien, nähren sein Interesse am Sozialismus, an der Arbeiterbewegung und an den Freiheitsbestrebungen der Dritten Welt. Er sei als Darling der Oberschicht nach Grossbritannien gekommen und habe das Land als Partisane für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse verlassen, schreibt Robeson selbst. «Ich war dort mit walisischen Bergarbeitern in den Schächten, habe Eisenbahner besucht, Hafendarbeiter, Textilarbeiter. Ich habe mit ihnen ihren Kummer und ihre kleinen Triumphe geteilt, habe ihre Lieder gesungen und die Wärme ihrer Freundschaft und ihrer Grosszügigkeit aufgesogen. Ich habe in diesen Jahren eine wichtige Lektion gelernt: die Probleme der Arbeitenden sind weltweit dieselben.» 1934 bereist er auf Einladung seines Freundes Sergej Eisenstein erstmals die Sowjetunion. Er habe sich dort zum ersten Mal in seinem Leben nicht als Schwarzer, sondern als Mensch

gefühlt, bemerkt er später. Fortan bereicherten seine Konzertprogramme nun auch russische und sowjetische Lieder, was von einem breiten Publikum begeistert aufgenommen wurde: Es war die Zeit der Anti-Hitler-Koalition, und die UdSSR stand in den USA als Verbündete hoch im Kurs, bei der einfachen Bevölkerung zumal, die an Robesons Konzerten längst die sogenannte bessere Gesellschaft abgelöst hatte.

Gefangen im eigenen Land

Robeson hält an seiner Zuneigung zum sowjetischen Vielvölkerstaat auch dann noch fest, als der Wind sich drehte und der Kalte Krieg den Westen politisch wie kulturell mit einer lähmenden Decke überzog. Und er hielt fest an seiner Überzeugung, dass die Zeit längst gekommen war, den Schwarzen und Farbigen Amerikas, den Völkern der Dritten Welt einen gleichberechtigten Platz in Geschichte, Gegenwart und Zukunft einzuräumen. Die USA fordert er an der Pariser Weltfriedensversammlung von 1949 auf, ihre Armee nicht gegen den Osten aufzurüsten, sondern in Missouri, in Mississippi einzusetzen, wo der rassistische Terror wütete, und er meinte, wenn die Schwarzen schon zu den Waffen greifen müssen, dann würden sie diese nicht gegen ihre Brüder in Usbekistan, in Kirgisien oder Aserbaidschan richten, sondern gegen den Ku Klux Klan im eigenen Lande.

Robeson muss dafür hart büssen. Die Oberschicht, die ihm zugejubelt, die noch während des Weltkrieges jedem GI eine Robeson-Biografie in den Kampfanzug gesteckt hatte, sie ertrug diesen unbeugsamen, stolzen Schwarzen, der seinen Mund nicht halten konnte und der partout nicht einfach Geld scheffeln wollte, nicht mehr: «Big Paul» wird vor den berüchtigten «Ausschuss gegen unamerikanische Aktivitäten» zitiert, und als er auch dort sein Haupt nicht senken und sich nicht von seinen kommunistischen Freunden distanzieren will, wird er aus dem gesellschaftlichen Leben getilgt. Seine Filme werden verboten, seine Stimme aus dem Äther verbannt und seine Platten aus den Regalen entfernt. «Keine Agentur wagt es, ein Konzert für ihn zu arrangieren», schrieb Millicent Furer in der Zeitschrift «Neue Wege». «Journalisten aller Grade und Radioansager, die seinen Namen anders als verächtlich erwähnten, Regierungsbeamte, die im Gespräch mit ihm beobachtet wurden, verloren innerhalb von 24 Stunden ihre Stelle».

Nach der Einreichung der Petition «We charge Genocide» (Wir klagen wegen Völkermord), die er im Namen des US-Kongresses für Bürgerrechte vor die UNO-Vollversammlung gebracht hatte, erklärt ihn das US-Aussenministerium zum Staatsfeind Nr. 1 und entzieht ihm seinen Reisepass, ganze acht Jahre lang. «Die Kulturfeinde in Washington haben Angst vor dem grössten Sänger unserer Zeit», schreibt das «Neue Deutschland» am 2. 8. 1951. «Paul Robeson ist ein Künstler, der seine Kunst und seine ganze Tätigkeit in den Dienst seines Volkes und aller friedliebenden Völker gestellt hat. Die ganze Welt will diesen Sänger hören, der nicht

nur von den Leiden der Unterdrückten singt, sondern auch mutig dafür kämpft, dass diese Leiden ein Ende nehmen.»

Tonstudio in der Küche

Der lautstarke Friedenskämpfer sollte zum Schweigen gebracht werden. «Man lässt uns nicht singen, mein Bruder», schreibt der türkische Dichter Nazim Hikmet in seinem Gedicht «An Paul Robeson». «Willkür und Dunkel verschliessen den Mund uns mit schmutziger Hand... Die Ausat fürchten sie auf unserm Feld, Gerechten Zornes Keim, wenn es bestellt – Denn keine Grenzen kennt der Zorn der Massen. Die enge Welt, die wir voll Ingrimms hassen. Er reisst sie nieder. Drum fürchten sie uns so. Und fürchten unsere Lieder!»

Doch auch in dieser dunklen Zeit verstummt Robesons Stimme nicht: Er singt an Strassenecken und in kleinen Kirchen, gibt Konzerte an der US-kanadischen Grenze, wo er von US-Boden aus ein 40 000-köpfiges Publikum auf der kanadischen Seite begeistert, bringt seine Lieder über Telefonleitungen in die St. Pankras-Halle nach London und zu den Bergarbeitern nach Wales. Die Küche im Pfarrhaus seines Bruders wird zum Tonstudio und er nimmt dort das Titledium zum Film «Lied der Ströme» von Joris Ivens auf, zu welchem Schostakowitsch die Musik, Vladimir Pozner das Drehbuch und Bertolt Brecht den Liedtext geliefert hatten. «Taxis hupten, ein kleiner Junge jauchzte, ein Flugzeug donnerte über das Dach, und aus den sechs Flüssen des Liedes wurden durch alle Wiederholungen sechzig», schrieb Robeson später an Pozner. «Aber schliesslich war die Arbeit getan. ... Meister der Kultur, Vorkämpfer des Friedens – mit welchem wundervollen Kollektiv hatte ich gearbeitet! Mein Herz durchströmte warme Dankbarkeit für diese Einladung, die es trotz aller Sperrungen einem Neger, einem Amerikaner möglich machte, mit einem Holländer, Russen, Deutschen und Franzosen an einem Kunstwerk für den Kampf um Frieden und Freiheit mitzuhelfen.»

Ende der 50erjahre erlangt Robeson seine Reisefreiheit zurück. Noch einmal wird er in England als Othello gefeiert und strömen Tausende von Menschen in ganz Europa an seine Konzerte. 1963, nach intensiven Konzerten und Theaterauftritten in Ost und West, kehrt ein erschöpfter Robeson, schwer krank und von tiefen Depressionen geplagt, in seine Heimat zurück, wo er, von den jungen Aktivisten der Black Power Bewegung vergessen und von der US-amerikanischen Gesellschaft verdrängt, 1976 stirbt. Auf Robesons Grabstein wurden die Worte gesetzt, die er 1938, vor seiner Abreise nach Spanien, ausgesprochen hatte: «Der Künstler muss sich entscheiden, ob er für Freiheit oder für Sklaverei kämpfen will. Ich habe mich entschieden, für mich gab es keine andere Alternative.»